Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17 Fernsprecher 6802 Sprechstunde täglich von 1/2 12—1/2 1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter" jeden Werktag nachmittag.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27 Fernsprecher 5407 Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 153 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 5.— Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 4.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 13.50; monatlich 4.50 Mk. Bestellgeld extra. | Halle, Freitag, den 2. Juli 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspalt. Anzeigenteil 60 Pf.; Reklame im Drittel 2.50 Mk. f. d. Millimeter-Höhe. Kollektivanzeigen 50% Aufschlag. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 4. Jahrgang

Zur Eröffnung des Reichswirtschaftsrats.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat ist am 30. Juni in Berlin eröffnet worden. Zu seinen wichtigsten Aufgaben wird es gehören, ein Gutachten über die Gestaltung des endgültigen Wirtschaftsrats abzugeben, die in Artikel 165 der Reichsverfassung auf den Weg der Reichsgesetzgebung verwiesen wird. Der Artikel 165 der Verfassung ordnet die Einrichtung von Betriebsarbeiterräten sowie von nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und eines Reichsarbeiterrats an. Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat, über die gesetzlich bisher noch nichts beschlossen ist, sollen zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volkskreise zu Bezirkswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammengefaßt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe zu begutachten und kann solche Entwürfe selbst beim Reichstag einbringen.

Daß, was jetzt in Berlin zusammengetreten ist, ist also noch nicht der Reichswirtschaftsrat, den die Verfassung vorschreibt und für dessen Bildung noch die ausführenden Reichsgesetze erlassen werden müssen, sondern nur eine vorläufige Einrichtung. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind ohne Rücksicht auf die Zahl paritätisch vertreten, die verschiedenen Wirtschaftsorganisationen haben auf Grund einer Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums ihre Vertreter delegiert, 24 von den 360 Mitgliedern sind von Reichsregierung und Reichsrat ernannt worden.

Ein derartiger Kongreß wirtschaftlicher Fachleute kann wertvolle Anregungen geben und zur Klärung drängender Probleme viel beitragen, aber eine Volksvertretung ist er nicht, der Wille des Volkes kommt in ihm nicht zum Ausdruck, und darum fehlt auch seinen Beschlüssen jede das Volk bindende Kraft.

Dasselbe wird auch vom verfassungsmäßigen Reichswirtschaftsrat gelten, der keine Volksvertretung sein wird und daher seine Tätigkeit auf die Erstattung von Gutachten und die Einbringung von Vorlagen beschränken muß. Die Sorge, aus ihm könnte der demokratischen Volksvertretung eine Gefahr erwachsen, ist daher kaum berechtigt. Viel eher darf man annehmen, daß gerade das sichere Mißlingen jedes Versuchs, aus einer Berufsvertretung eine Volksvertretung zu machen, die absolute Unentbehrlichkeit der Demokratie aufs neue erweisen wird. Im Staate wird um die Macht gekämpft, Macht drückt sich aber in Zahlen aus. Den Reichswirtschaftsrat so zu gestalten, daß die Machtverhältnisse im Staate klar zum Ausdruck kommen, ist unmöglich. Denn die Gliederung muß hier nach ganz anderen Gesichtspunkten erfolgen als nach den sozialen Machtverhältnissen. Hier handelt es sich darum, jede wirtschaftliche Interessenvertretung zu Worte kommen zu lassen, jedes Wirtschaftsproblem von allen möglichen Gesichtspunkten zu beleuchten, für jede Frage einen Sachverständigen oder mehrere zur Hand zu haben. Das große Zahlenprinzip kann hier nicht entscheidend sein.

Da der Reichswirtschaftsrat keine bindenden Beschlüsse zu fassen hat, so ist seine vorläufige Parität auch vorläufig noch zu ertragen. Wenn man, wie das die Unabhängigen tun, in den vorläufigen Reichswirtschaftsrat nichts als eine systematische Fortführung des von ihnen verpönten Gedankens der Arbeitsgemeinschaft sieht, so ist das irrig. Freilich, faßt man den Begriff der Arbeitsgemeinschaft im weitesten Sinne, dann ist auch der Reichstag, ist jede Landesvertretung oder Stadtverordnetenversammlung gleichfalls eine Arbeitsgemeinschaft. Eine Arbeitsgemeinschaft in dem Sinne, daß eine Harmonie zwischen Kapital- und Arbeiterinteressen vorgetäuscht wird, die in Wirklichkeit nicht besteht, ist auch den Sozialdemokraten unerwünscht. Desto nachdrücklicher muß betont werden, daß ihr eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Hand- und Kopfarbeitern desto mehr erwünscht ist.

Nun darf keinen Augenblick übersehen werden, daß die Unternehmer zum großen Teil und sicher ihre Direktoren nicht bloß Ausbeuter und Instrumente der Ausbeutung, sondern zugleich auch Kopfarbeiter sind. In dieser Zwieschlächtigkeit ihres Charakters liegt die Schwierigkeit des Problems. Die Arbeiterschaft bekämpft im Unternehmer den kapitalistischen Ausbeuter, nicht aber den Kopfarbeiter. Nun ist er beides zugleich in einer Person!

Wie findet sich die Arbeiterschaft mit diesem Problem ab? Nicht dadurch, daß sie sich dem Unternehmer als Ausbeuter unterwirft, sondern dadurch, daß sie ihm seine Geheimnisse als Kopfarbeiter abguckt. Das ist der tiefe Sinn und zugleich die wirklich revolutionäre Bedeutung der Betriebsräte, der Bezirksarbeiterräte, des Reichsarbeiterrats und schließlich auch des Reichswirtschaftsrats. Alle diese Einrichtungen sind Schulen, in denen die Arbeiter Kenntnisse erwerben können, die ihnen zum großen Teil noch fehlen, die sie aber für ihren Befreiungskampf notwendig brauchen. Sie sind Institutionen, die es der Arbeiterschaft ermöglichen, aus sich heraus die Kräfte zu entwickeln, die zur Leitung der Produktion notwendig sind, heute aber in den Massen noch unentwickelt schlummern.

Die Tätigkeit in diesen neuen Organisationen wird der ganzen Arbeiterklasse Gelegenheit geben, zu begreifen, daß die wirtschaftlichen Probleme nicht ganz so einfach liegen, wie das nach den Schlagworten unabhängiger und kommunistischer Versammlungsreden manchmal scheinen mag. Es ist kein ganz kurzer Weg, der vor ihr liegt, nur der Anfang ist beschritten. Zwischen ihm und dem Ziel liegen noch viele Hindernisse. Es ist kein Kunststück, ein begeisterter Sozialist zu sein, wenn man glaubt, im Handumdrehen sei alles zu erreichen. Wer aber die Schwierigkeiten sieht und dennoch an seinen Ueberzeugungen nicht irre wird, an seinem Endziel festhält und in zäher, nicht jedem Zuschauer gleich verständlichen Arbeit die Hindernisse aus dem Wege zu räumen sucht, erst der ist wirklich ein begeisterter Sozialist, wie ihn die Arbeiterklasse zu ihrem Siege braucht.

Die künftige Ernährungspolitik.

Ueber die Grundsätze der künftigen Ernährungspolitik äußerte sich der Reichsernährungsminister Hermes in einer Unterredung mit einem Vertreter der Presse dahin, daß sich unsere landwirtschaftliche Produktion bessere. Durch Lockerung der Zwangswirtschaft können wir zur landwirtschaftlichen Produktion einen starken Anreiz geben. Wir würden die Zwangswirtschaft nur da aufrecht erhalten, wo elementare Notwendigkeiten es fordern. Die Zwangswirtschaft in Brotgetreide und Milch sei jeder Diskussion entrückt. An einem Abbau der Getreidepreise könne nicht gedacht werden.

Die deutschen Vertreter für Spa.

WTB. **Berlin, 1. Juli.** Zur Konferenz in Spa werden sich nach vorläufigen Beschlüssen der Reichskanzler Fehrenbach, der Reichsminister des Aeußern, Dr. Simons, sowie die Reichsminister Wirth, Scholz und Hermes begeben. Insgesamt werden 25 bis 30 höhere Beamte mit dem nötigen Büropersonal nach Spa gehen.

Verlangen auf beschleunigte Freigabe des besetzten Gebietes.

Die Reichstagsabgeordneten aus den besetzten rheinischen Gebieten hielten gestern im Reichstag eine Besprechung verschiedener Mißstände ab. Alle Fraktionen mit Ausnahme der Unabhängigen waren vertreten. Mit großer Entschiedenheit wurde dem „Vorwärts" zufolge verlangt, daß die Reichsregierung auf eine Verkürzung der Besetzungsdauer einwirke.

Die Polen schießen auf Deutsche.

Berlin, 1. Juli. Wie die Abendblätter melden, beschießen seit gestern die Polen systematisch sämtliche über den polnischen Korridor fliegende Flugzeuge, die deutsche Abstimmungsberechtigte mit Genehmigung der interalliierten Kommission nach Ost- und Westpreußen bringen, mit Infanterie- und Maschinengewehrfeuer. Ein deutsches Flugzeug wurde auf der Rückfahrt in Brand geschossen und stürzte ab. Der Führer fand den Tod. Weiter versuchen die Polen den Transport der Abstimmungsberechtigten auf der Eisenbahn dadurch zu verhindern, daß sie systematisch die Abstimmungszüge anhalten und diejenigen Reisenden, deren Abstimmungsausweis nicht den Stempel der örtlichen Abstimmungskommission tragen, zurückschicken.

Italiens schwere Tage.

Rom, 1. Juli. Agenzia Stefani. **Wie die Blätter berichten, betrug die Zahl der Opfer der Unfälle in Ancona nach amtlichen Feststellungen: 24 Tote, darunter 9 Polizeibeamte, sowie 71 Verwundete. Man glaubt, daß sich eine große Zahl verletzter Personen nicht gemeldet hat. Wie „Messaggero" meldet, traf General Albricci, der ehemalige Kriegsminister, in Ancona ein, um eine militärische Untersuchung einzuleiten.**

Nach einer Stefani-Meldung ist die Arbeit in Rom in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Die Stadt ist ruhig, auch in Ancona und den Städten der Provinz herrscht Ruhe.

Rom, 30. Juni. Der nach einer Minderheit proklamierte Generalstreik hat keinen Erfolg. Nur einige hundert Arbeiter streiken.

Nach Nachrichten aus Mailand, Genua und anderen großen Städten aus Sizilien ist der Dienstag ruhig verlaufen.

Völkerkämpfe im ehemaligen Oesterreich.

Jahrzehntelang hat die Sozialdemokratie im alten Oesterreich, allen voran — und zuletzt allein — unsere deutschen Genossen, für die Selbstverwaltung der Nationen gekämpft, um den verwüstenden Völkerkampf einzudämmen. Es war vergebens. Sicherlich hat die Kriegstreiber am Habsburger Hof, im k. u. k. Ministerium des Aeußern und im Generalstab auch der Gedanke geleitet, durch das verbrecherische Hasardspiel das Toben des Nationalitätenkampfes nach außen abzulenken.

Die Sieger im Weltkrieg haben den Völkerstaat zerrissen, aber nicht nach den Linien der nationalen Siedlungsgebiete. Selbst wenn sie ihren fanatischen Haß gegen die Deutschösterreicher, die doch wahrlich niemals Preußen und noch weniger jemals kriegslustig gewesen sind, soviel hätten bezähmen können — selbst die nationale Abgrenzung hätte die restlose Auslieferung der nationalen Minderheiten nicht verhindern können. Die Folgen bleiben nicht aus. In der deutschen Sprachinsel Iglau, die man jetzt durch Hinbeorderung einer kleinen tschechischen Garnison von Legionären — ehemaligen Kämpfern gegen die Zentralmächte — gemeindewahlmäßig zu tschechisieren sucht, ist es zwischen Deutschnationalen, die von der Sonnwendfeier heimkehrten, und tschechischen Soldaten zu schweren, blutigen Kämpfen gekommen. Zahlreiche Opfer, auch auf der militärischen Seite, sind zu beklagen. Die Deutschen behaupten einen planmäßig vorbereiteten Ueberfall und führen dafür auch ziemlich einleuchtende Beweise vor.

In Südost-Ungarn verhindert die rumänische Grenzsperre die Bergbewohner, wie sonst zur Ernte in die Ebene hinabzusteigen und sich zu versorgen. Der uralte Haß zwischen Rumänen und Ungarn, die heute die Rollen von Herrschern und Beherrschten gewechselt haben, führte auch hier zu wahren Schlachten, in denen die Rumänen gar Artillerie gegen Dörfer feuern ließen und alles zusammenschossen.

So belebt neuer Haß alte Feindschaft — hier und dort im ehemaligen Donaureiche.

Aus weiteren Berichten der deutschböhmischen Parteipresse ergibt sich, daß die tschechischen Legionäre in der Dunkelheit möglicherweise aufeinandergeschossen haben. Am Tage nach diesen Vorfällen gingen sie daran, alle deutschen Aufschriften, Straßen- und Firmentafeln usw. gewaltsam zu zerstören. Zahlreiche Verhaftungen von Deutschen wurden vorgenommen. — In der nordwestböhmischen Bergwerksstadt Dux wurden die Teilnehmer an der deutschnationalen Sonnwendfeier auf dem Festplatze von Tschechen mit Zaunlatten und anderen Werkzeugen überfallen und viele von ihnen, auch Kinder, erheblich verletzt.

Aus Persien.

Amsterdam, 30. Juni. Der Teheraner Korrespondent der „Times" meldet, daß Muschir ed Dauleh bereit ist, das neue Kabinett zu bilden, in das er u. a. auch den früheren Ministerpräsidenten Mustafi und Emir Mamelek hineinzuziehen wünscht, der als Russenfeind und als Anhänger des englisch-persischen Vertrages gilt. Mustafi ist für sofortige Parlamentsneuwahlen. Der Korrespondent betont, daß die englische Regierung zu Unrecht als Freundin der Reaktionäre und als Gegnerin des persischen Parlaments gelte, und verlangt von Lord Curzon, unverzüglich durch eine öffentliche Erklärung diesen Verdacht zu zerstören. In amtlichen persischen Kreisen wird erklärt, daß zwischen Kutschik Khan und den Bolschewisten ein Vertrag abgeschlossen wurde, worin die letzteren sich verpflichten, Kutschik bei seinen Bestrebungen, Präsident einer allpersischen Republik zu werden, zu unterstützen und sich jeder Einmischung in seine Amtsführung zu enthalten. Kutschik verspricht dagegen den Bolschewisten freien Durchmarsch nach Mesopotamien und nach Indien.

Die polnischen Finanzen.

In dem „Internationalen Volkswirt" finden wir einen sehr beachtenswerten Aufsatz über die polnische Finanzwirtschaft, dem wir folgendes entnehmen:

„In dem polnischen Finanzvorschlag für die Zeit vom 1. Juli 1919 bis 31. März 1920, in welchem Posen nicht mit einbegriffen ist, da es sein Finanzwesen vorläufig besonders führt, betrugen die Ausgaben 14,83 Milliarden Mark, denen an Einnahmen nur 2,73 Milliarden Mark gegenüberstehen, so daß sich ein Defizit von 12,07 Milliarden Mark ergibt. Für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1920 werden die Ausgaben auf 15,2 Milliarden Mark, die Einnahmen auf 3 Milliarden Mark berechnet, so daß also ein Defizit von 11,9 Milliarden Mark herauskommt. Fügt man noch das Defizit für die Zeit vom 1. November 1918 bis 30. Juni 1919 hinzu, das auf mindestens 6 Milliarden Mark zu veranschlagen ist, so würde sich ein gesamtes ordentliches Defizit von 30,2 Milliarden Mark ergeben. Zu diesem Defizit aus dem ordentlichen Voranschlag kommt aber noch ein außerordentliches Defizit von 32,7

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200702-13/fragment/page=0001

Milliarden Mark, so daß seit Errichtung des polnischen Staates vom 1. November 1918 bis 31. Dezember 1920, also in einem Zeitraum von etwa 2¼ Jahren, eine Schuldsumme von 63 Milliarden Mark aufgehäuft worden ist, d. h. pro Monat von durchschnittlich 2¼ Milliarden Mark. In diesem Defizit liegt aber nicht die Abzahlung der ausländischen Schulden, die von der neuen polnischen Regierung aufgenommen worden sind, deren Höhe kürzlich auf 2 Milliarden französische Franken und 1 Milliarde schweizer Franken geschätzt wurde. Die Vorkriegsschulden Rußlands, die Polen pro Rate der Bevölkerung auf sich genommen hat, sind im Verhältnis zu diesen Schulden nicht allzu beträchtliche und werden insgesamt höchstens auf 5,6 Milliarden Mark zu schätzen sein, da ja die gesamte russische Staatsschuld sich Ende 1913 auf etwa 9 Milliarden Rubel stellte.

Die Ausgaben für das Kriegsministerium, d. h. also für Heereszwecke, erfordern in Polen rund 50 Proz. der gesamten Ausgaben, während das Finanzministerium bei 1,5 Milliarden Mark Einnahmen 1,95 Milliarden Mark Ausgaben, das Eisenbahnministerium bei 600 Millionen Mark Einnahmen 1,68 Milliarden Mark Ausgaben, das Ministerium für öffentliche Arbeiten bei 329 Millionen Mark Einnahmen 1,19 Milliarden Mark Ausgaben aufweist."

Diese Zahlen sprechen für sich selbst; sie dürften geeignet sein, auch dem größten Optimisten und Polenfreunde zu denken zu geben.

Die Teuerungskrawalle.

Durch das ganze Reich gehen die Teuerungsunruhen. Grund zur Empörung und Entrüstung ist vorhanden. Mit welchen Mitteln aber diese Gefühle zum Ausdruck gebracht werden, muß die schärfste Verurteilung der sozialdemokratischen Bevölkerung finden. Auf diese Art und Weise wird keine Besserung erreicht. Daß aber auch noch unlautere Elemente dabei ihre Hände im Spiele haben, das beweist eine Nachricht aus Hamburg. Dort wurde am Sonnabend während der Unruhen ein Flugblatt verbreitet, das folgendermaßen lautet:

Genehmigt: Ga/Ic. Nr. 157.

Deutschvölkischer Schutz- und Trutz-Bund

Arbeiter! Volksgenossen! Beachtet eins:

Für mehr als 4½ Millionen Mark

Kleidungs- und Wäschestücke usf. erhielt nach Mitteilungen in der Nationalversammlung (Drucksachen der Verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung Nr. 1986) allein die jüdische Firma C. Levin in Breslau, Gartenstraße 8, durch das Reichsverwertungsamt im Monat Oktober 1919 geliefert. Dabei wurden ihr berechnet: Waffenröcke das Stück zu 1 Mk., Tuchhosen 1 Mk., Mäntel 2 Mk., Bettlaken 2 Mk., Bettdeckenbezüge 1,50 Mk., Decken 3, 4, 5 Mk., Schürzen 30 Pfg. Unterhosen 50 Pfg., Hemden 50 Pfg., Handtücher 25 Pfg., Taschentücher 10 Pfg., Halstücher 10 Pfg.

So wird das Heeresgut vorzugsweise an Juden verschleudert!

Arbeiter! Deutsche! Begreift Ihr nun, weshalb die jüdischen Geschäfte mit Waren vollgepfropft sind, für die Euch beim Einkaufe Wucherpreise abgenommen werden?

Ihr müßt zum Beispiel für einen Mantel 500 Mk. zahlen, den Juden kostete er aber — 2 Mark!

Was sagt Ihr zu dieser schandbaren Judenwirtschaft?

Dazu bemerkt das „Hamburger Echo", unser Parteiorgan:

„Diese schamlose Hetze, die offenbar Judenpogrome heraufbeschwören soll, ist kennzeichnend für die Art, wie das reaktionäre Gelichter die Volksleidenschaften aufzustacheln versucht. Die ganze Aufmachung des Flugblattes erweckt den Eindruck, daß gute Bekleidung aus den Heeresbeständen an die Firma Levin in Breslau verschleudert wurde, um dann zu Wucherpreisen wieder an die Bevölkerung verkauft zu werden. Das ist natürlich Schwindel. Es handelt sich hier um aufgebrauchte Bekleidungsstücke, die wieder aufgebessert werden und zu ermäßigten Preisen an die minderbemittelte Bevölkerung abgegeben werden sollen.

Allen Arbeitern und Arbeiterfrauen rufen wir zu: Aufgepaßt! Spitzel! Der Volkszorn gegen den Wucher darf nicht mißleitet werden von dunklen Elementen! Hütet euch vor den „radikalen" Phrasenhelden. Fragt sie, in wessen Solde sie stehen!"

Wer hat geplündert? Am Sonnabend der vergangenen Woche ist es auch in den Schuhgeschäften der Städte Wilhelmshaven und Rüstringen zu Zwangsverkäufen und Plünderungen gekommen. Der Verlust der geschädigten Geschäftsleute soll sich nach deren Angaben auf 2 Millionen Mark belaufen, da die Geschäfte total ausgeplündert worden seien. Inzwischen ist aber festgestellt worden, daß einzelne Geschäfte ihre Waren rechtzeitig in die Keller gebracht hatten. Interessant ist auch, daß in einer Versammlung des dortigen Vereins für Handel und Gewerbe mitgeteilt wurde, daß organisierte Arbeiter nicht unter den Plünderern gewesen seien. Neben dem unorganisierten Pöbel seien „bessere Bürger", Gymnasiasten, Bureaubeamte und Geschäftsfrauen an den Plünderungen beteiligt gewesen. Einem bei der Wilhelmshavener Intendantur beschäftigten Bureaubeamten habe die Polizei nicht weniger als sechs Kinderstiefel abgenommen. Der Syndikus des Verbandes der Wilhelmhavener Handelsgeschäfte, Rechtsanwalt Dr. Bender, betonte, daß man der organisierten Arbeiterschaft zu großem Dank verpflichtet sei. Hätte nicht das Gewerkschaftskartell eingegriffen und Posten und Patrouillen gestellt, so hätten sich die Dinge noch viel schlimmer entwickelt.

Mecklenburgs Schicksalsstunde!

Wir lesen in unserem Rostocker Parteiblatt:

Wenn die Unabhängigen jetzt Kerle wären und feste Hand mit anlegen würden, anstatt nichtstuend beiseite zu stehen und radikale Phrasen zu dreschen, so könnte die Reaktion in Mecklenburg gar nicht daran denken, das Volk wieder wie einst in ihrer Sünden Maienblüte auf Trense und Kandare zu reiten. Ein einziger Demokrat nur wäre mit in die Regierung zu übernehmen, im übrigen wäre die Regierung dann sozialistisch. In der Hand der Unabhängigen liegt nun Mecklenburgs Schicksal . . .

Die Wellen der Zeit gehen hoch, das Schiff hat schwere Fahrt. Werden die Unabhängigen es wahr und wahrhaftig fertig kriegen, den Junkern und Junkervasallen die Rolle des Kapitäns und Steuermanns mit Gewalt aufzudrängen; werden die Unabhängigen Land und Volk dem denkbar verhaßtesten Regiment wieder ausliefern. Wenn sie das tun, wenn sie unser Volk wieder zurückschleudern in die finstere, schwärzeste, brutalste Reaktion, dann ist über sie das Verdammungsurteil der Massen gefällt, dann können sie in Mecklenburg einpacken und auswandern. Nie wird das mecklenburgische Volk eine derart verrückte Politik gutheißen — eine Politik, die alles mit einem Male oder sonst gar nichts haben will; denn das mecklenburgische Volk will, daß zu jeder Stunde das irgendwie Mögliche zu seinem Vorteil benutzt wird, um auf diesem Wege, Schritt um Schritt vorwärts, zu seinem Ziele zu gelangen. Die Massen wollen nicht so lange warten, bis ihnen die unabhängigen Tauben gebraten in den Mund fliegen; denn das könnte noch ein wenig lange dauern, und viel arme Teufel müßten darüber sterben. Für den, dem der Magen jetzt schon knurrt vor Hunger, lebt es sich schlecht, wenn er sich mit der schönsten unabhängigen Fata Morgani, mit der prächtigsten Luftspiegelung abspeisen lassen soll! Also auf zur Tat, ihr Unabhängigen, zur Arbeit, zum faktischen, praktischen Mitschaffen an des Volkes Glück! Der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Taten sehen!

Zwei Gegner stehen jetzt bewaffnet zum Kampf gegenüber. Da plötzlich gibt der eine dem andern freiwillig seine eigene Waffe dazu in die Hand, um selbst mit ungeschützter Brust dazustehen. Wahnsinn — wie? Ja, aber leider dennoch Wahrheit. Wahrheit im Reiche, wo die Unabhängigen unseren Todfeinden alle Gewalt und alle Macht des Staates freiwillig zu Füßen legen. Soll derselbe Wahnsinn auch Wahrheit werden bei uns in Mecklenburg?! Weil die Unabhängigen bange sind, sich mit einem einzigen Demokraten zusammen an den Regierungstisch zu setzen?! Lieber werfen sie den deutschnationalen Junkern und deren deutschvolksparteilichen Spießgesellen alle Machtmittel freiwillig in den Rachen?! Herr des Himmels — wäre ein derartiger Unfug auch nur auszudenken?! Arbeiter Mecklenburgs, macht die Augen auf! —

Thüringen wird der Reaktion ausgeliefert.

Eine Konferenz der unabhängigen Abgeordneten für Thüringen hat beschlossen, den Eintritt in eine Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien prinzipiell abzulehnen.

Wenn die Unabhängigen auf diesem Beschluß beharren, wird das bisher sozialistisch verwaltete Thüringen der Reaktion ausgeliefert. Eine Mehrheitsbildung wäre nur durch eine Koalition mit Unabhängigen, Sozialdemokraten und den fünf Abgeordneten der Demokraten möglich. Die sozialistischen Parteien hätten in dieser Koalition die übergroße Mehrheit und unbestrittene Führung.

Die Folgen des unabhängigen Beschlusses hat der unabhängige Abgeordnete Bärwinkel auf der Konferenz klargelegt. Nach einem Berichte der unabhängigen Erfurter „Tribüne" führte er aus:

Es hieße das von Sozialisten geschaffene Thüringen sang- und klanglos an die reaktionären Parteien ausliefern. Er weist auf die freiheitliche Umgestaltung der Schulgesetze, auf die Fortschritte, die hinsichtlich der Trennung von Kirche und Staat durchgesetzt wurden, und auf den Einfluß unserer Genossen bei der Fernhaltung der militärischen Sicherheitswehr in Thüringen hin. Alle erreichten Vorteile, und besonders die Leute, die heute in den Verwaltungen usw. in unserem Sinne tätig sind, stehen und fallen mit unserem Eintritt in die Regierung. Es sei deshalb reiflich zu überlegen, auf welche Art wir unsere Bewegung besser vorwärts bringen.

Noch einige andere Unabhängige teilten diese Meinung. Der Abgeordnete Bielig sagte:

Es sei in Thüringen eine Menge Kleinarbeit im Sinne der Arbeiterbewegung geleistet worden, man dürfe der Reaktion das Feld deshalb nicht kampflos überlassen. Um die Uebernahme der Herrschaft durch das Proletariat vorbereiten zu können, ist es nötig, uns den Einfluß zu erhalten.

Ein Vorschlag, zuerst ein Mindestprogramm auszuarbeiten und dieses den Sozialdemokraten und Demokraten vorzulegen, wurde abgelehnt. Es gibt sogar Unabhängige in Thüringen, die ein Zusammenarbeiten mit Sozialdemokraten ablehnen.

Die Vernunft ist also auch auf dieser Konferenz der Phrase unterlegen. Die Folgen werden die Arbeiter bald zu spüren bekommen. —

Die rote Gefahr.

Nachdem die Rechtspresse jetzt seit der Wahl ununterbrochen Schauermärchen über die Aufstellung einer Roten Armee verbreitet hat, rückt jetzt der Berliner „Lokalanzeiger" mit den Forderungen heraus, welche man durch diese Panikmacherei durchzusetzen wünscht: beschleunigte Unschädlichmachung der radikalen Führer und Unterbindung der öffentlichen kommunistischen Propaganda; dazu Beseitigung aller ungesetzmäßigen Körperschaften und eine starke unpolitische Polizei. Man will also noch rascher morden und ein kleines Kommunistenausnahmegesetz schaffen. Aber das ist doch wirklich vergebliche Mühe. Unter dem alten Hohenzollernregim hat man 1878 dem verängstigten Spießer ein Sozialistengesetz abnötigen können — die Republik in die ausnahmegesetzliche Bahn zu drängen, wird auf keinen Fall gelingen, das ist verlorene Liebesmühe.

Immerhin verdient die Offenheit des „Lokalanzeigers Dank. Jetzt weiß man wenigstens, was durch den Spektakel über die „kommunistischen Waffenlager" und „Generalstreikpläne" erreicht werden soll.

Ausschreitungen bei dem Landarbeiterstreik. Bei dem im Kreise Belgard ausgebrochenen Landarbeiterstreik kam es in Groß-Tychow zu schweren Ausschreitungen, wobei der deutschnationale Parteisekretär Passarge schwer verletzt wurde. Eine Schwadron der Belgarder Husaren ist inzwischen nach Groß-Tychow abgerückt.

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Anzengruber.

(76. Fortsetzung.)

Er setzte sich dem Alten gegenüber.

„Versteh's schon," sagte der, „bist halt übernachtig, noch von gestern her, vertragst nit viel und kommst selten dazu; is ja kein Wunder. Gleichwohl red't mer sich vielleicht heut' leichter mit dir, wo d' deine Gedanken z'sammennehmen mußt, als wie sonsten, wo du's durcheinandwurlen laßt und dich dabei — nach der Leut' Reden — auf'n Vernünftigen und G'scheiten h'ausspielst."

Aber der Grasbodner nahm den Schalk, der zwischen den Fältchen der Augenwinkel des Alten lauerte, nicht wahr und brauste auf: „Dös hat noch g'fehlt, daß du, der d' einer mir z'nächst bist, dö Uebelwort' mir af'n Hof, in d' Stub'n, zwischen meine vier Mäuern trägst!"

„So, so nimmst's auf?" erboste sich nun der vom Hof auf der weiten Hald'. „No gut, wann dir's nit anderscht ansteht, so kann ich dir auch grob gegen und g'radzu sag'n, daß kein Sinn und kein Verstand drein liegt, wann d' dich und ein ander's vor'm G'sind' und 'm ganzen Dorf zum G'spött machst und neb'nzu vor dein'm Kind seine sehenden Aug'n und losenden Ohr'n! Und d'rum und eben, weil ich einer dir z'nächst bin, so bin ich hitzt da, um d'rauf z' bestehn, daß du der Sach' so oder so ein End' machst!"

„Wieso?" fragte der junge Bauer.

„Wieso?" wiederholte der Alte und zog die Brauen in die Höhe und starrte seinen Schwiegersohn an, als sähe er ihn das erste Mal im Leben und noch dazu als einen, mit dem es nicht ganz richtig wäre; dann aber kniff er wieder die Augen zusammen und sagte: „No, gibst halt die Dirn' weg."

„Das kannst nit verlangen, schon der Burgerl wegen nit."

„Ah bah, dem ist leicht abg'holfen. Ich nehm' s' alle zwei, die große und die kleine Dirn', af mein' Hof, und af dö Entfernung zwischen Hinterwalden und Föhrndorf spinnt sich kein G'red'."

„Wär' eh' recht, wann ich's Kind so leicht von mir ließ," sagte der Grasbodenbauer.

Der Alte brachte die Hand vor den Mund und hielt unter einem leichten Hustenanfalle die Worte hervor: „Bist du ein guter Vater!"

„Schwieger, laß dir sagen," fuhr der andere eifrig fort, „ich verkenn' ja nit dein' Absicht, aber vertrau' auch du mir, daß d' hinter dem ganzen nix z' suchen hast, als der Leut' Unvernünftigkeit und Bosheit; laß nur a wen'g Zeit mit dein'm Einmengen, und wirst seh'n, sie werden's von selber müd', und d' Wahrheit b'halt' recht."

„Um d' Wahrheit handelt sich's ja gar nit, sondern um 'n Anschein, und der wird, je länger mer's ansteh'n läßt, je übler! Weißt, Caspar, ich hab' die Dirn' da auf dein' Hof 'bracht, und drum halt' ich mich auch in mein' G'wissen für verpflicht't, daß ich, so weit an mir liegt, draufschau', daß s' Ruf und Ehr' von da fortnimmt, wie sie s' her'bracht hat. Es is eh' 's allermindest', was ich tun kann, daß ich mich hinsetz' und ihren Leuten schreib', daß dö entscheiden, ob s' die Dirn' dalassen oder heimholen wollen."

Der junge Bauer erhob sich und legte die Hand auf den Arm seines Gegenübers. „Das wirst nit tun, Ehnl!*) Und ich sag' dir auch, warum. Döseln'n Leut' sein nit da am Ort und können sich von nix überzeugen, du aber kannst s' nur falsch berichten, denn du gehst nur nach'm Gered' und fragst der Wahrheit nit nach."

Er schritt erregt die Stube ein paarmal auf und nieder, dann stellte er sich an den Tisch und begann auf den Alten einzureden:

„Seit Jahr und Tag, wo die Dirn' af mein' Hof is, kommt mir mein Hauswesen erst wie a solch's vor; der Burgerl is sie a zweite Mutter, wo ich sie auch prob' und prüf', zeigt sie sich als tüchtige Hausnerin und mir als a ehrliche und aufrichtige Freundin. Die Dirn' is unter mein' Dach so sicher wie unter ihrer Mutter Augen, und das laß dir sagen, die steht für sich selber in so aufrechter Ehrbarkeit da, daß s' jed's unlautere Wesen von ihr wegscheucht und von mir kannst's glauben — ich bin nit der Mon, der a Lug' sagt —, wie ich mich auch zeither ihr erkenntlich bezeugt hab', in Worten und Begegnen und Präsentern, niemal hab' ich vergessen, was wir beid' einander schuldig sein; nie bin ich auch nur entfernt auf ein' unerlaubten Gedanken verfallen . . . Eh' zum Teufl h'nein Ehnl, was lachst denn wie nit g'scheit? — Bist narr'sch? — Was gibt's denn da zum Lachen?!"

Der alte Mann saß zurückgelehnt und lachte lauthals; erst als er seinen Schwiegersohn vor zorniger Ungeduld die Fäuste ballen und die Arme schütteln sah, beeilte er sich, aufzustehen und faßte ihn begütigend mit beiden Händen über den Ellbögen an. „Caspar," schrie er lustig, „bis heißet ich dich gern was, aber es fallt mer in der G'schwindigkeit nix ein, was zutrifft! Ist's denn möglich, kann denn sein? Wo dö Dirn' die Seel' von dein'm Hauswesen is, dein'm Kind a zweite Mutter, dir a aufrichtig Freundin und in all'n Stucken ein ehrbar' Weibsleut, braucht denn da erst a Jurament von dir, daß d' auch nit entfernt af ein' unerlaubten Gedanken verfall'n bist?! Aber du Himmelsaffermetsalli, warum verfallst denn nit, wo 'n er so nah liegt, af 'n verlaubten?"

„'n verlaubten?"

„Was machst sie denn nit zu deiner Bäuerin, wann d' schon in sie verliebt bist und sie in dich, daß ihr allzeit vor lauter G'scheitheit und Vernünftigkeit gar nit wahrnehmt, was ihr für Dummheiten vor'n Leuten angeht?"

Der Grasbodenbauer hatte mit der Rechten über sie gegriffen und sich an den Hinterkopf gefaßt, so stand er nun und sah vor sich und hörte den Alten vom Hof auf der weiten Hald' wieder lachen, „wie nit g'scheit", und da wagte er so einen Seitenblick nach dessen Gesicht mit den zwinkenden, tränenden Augen und dem lustschnappenden Maule, und da stieg ihm selbst ein Schmunzeln in die Mundwinkel, die Heiterkeit wirkte ansteckend, er ließ die Rechte sinken und stimmte in das Lachen ein, worum er häufig mit dem Kopfe schüttelte wie einer, der des Wunderns kein End' fände, und so kam es, daß die beiden Männer bei dem Lärm, den sie in der Stube vollführten, das helle Gelächter ganz überhörten, das unmittelbar vor der Tür erschallte.

Heiterkeit wirkt ansteckend. Leni saß unten auf der Stufe vor dem Hausflur und wartete auf Burgerls Rückkehr. Als das Lachgebrause von oben an ihr Ohr schlug, lächelte sie unwillkürlich: „Was die nur haben, daß sie so närrisch lachen mögen?"

Da kam Burgerl die Treppe herabgeschlichen. Sie [illegible]

*) Unter Bauern und auch in Bürgerkreisen wird oft ein Familienangehöriger vom ganzen Hause, einschließlich des Gesindes, nach der Stellung, die er den Kindern gegenüber einnimmt, als Ehnl, Onkel usw. angesprochen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200702-13/fragment/page=0002

Deutscher Reichstag.

5. Sitzung. Donnerstag, 1. Juli, 1 Uhr.

Der zur Beratung stehende

Reichsnotetat

wird einstweilen abgesetzt, weil der Haushaltungsausschuß die Beratungen noch nicht abgeschlossen hat.

Die Punkte 2 und 3 der Tagesordnung über Beseitigung von Härten bei Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn usw. werden einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Das Gesetz über ein deutsch-französisches Abkommen über Elsaß-Lothringen wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der

Debatte über das Regierungsprogramm.

Abg. Müller-Franken (Soz.) polemisiert gegen einzelne Ausführungen der Abgeordneten Heim und Schiffer. Daß seine Partei nach 1½ jähriger Regierungstätigkeit bei den Wahlen Verluste erleiden würde, war von vornherein klar.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Wenn die Unabhängigen einmal nach ihren Prinzipien 1½ Jahr regiert haben, dann werden sie dasselbe erleben. (Sehr richtig! Widerspruch bei den U. S.) Ich habe erst neulich mit einem französischen Sozialisten gesprochen, daß es kein Land gibt, in dem die Mehrheitssozialisten so gut dastehen wie in Deutschland. (Lachen bei den Unabhängigen.) Auch die letzten Wahlen in Mecklenburg und Thüringen beweisen das. Aber auch der Abg. Hergt täuscht sich, wenn er meint, daß die Wähler sich rückwärts orientieren würden in die Gegend seiner, der deutschnationalen Partei hin. Er hat sich schon einmal als recht schlechter Prophet bewiesen. (Heiterkeit.) Unser Brief an den Abg. Crispien sollte bezwecken, die Möglichkeit zu klären, eine starke sozialistische Regierung herzustellen mit dem Zweck, die Republik zu erhalten, die Errungenschaften der Revolution auszubauen und eine pazifistische Außenpolitik zu betreiben. Und schon die gewünschte Aussprache über eine solche Möglichkeit ist abgelehnt worden. (Hört, hört! — Unruhe bei den U. S.) Wenn Sie (zu den U. S.) so verfahren, dann haben Sie nicht das Recht, gegen uns irgend welche Anklagen zu erheben. Sie hätten die Pflicht gehabt, Ihre Energie mit der unseren zu vereinen. (Sehr richtig!) Ich habe die Ueberzeugung, daß die deutsche Arbeiterschaft diese Politik der Entsagung nicht verstehen wird, denn die deutschen Arbeiter verlangen und können es mit Recht, daß die Kraftquellen, die sie ihnen zur Verfügung gestellt haben, auch voll ausgenützt werden. (Andauernde Unruhe bei den U. S.) Es sollte ja angeblich nach den Gesetzen des proletarischen Klassenkampfes nicht erlaubt sein, daß Sozialisten mit den Bürgerlichen zusammen regieren. Ich weiß nicht, wer das ausgeheckt hat, aber ich weiß, daß einer der hervorragendsten Unabhängigen, Kautsky, das Gegenteil gesagt hat und daß die österreichischen Genossen, inklusive des Genossen Bauer, es seit Monaten tun. (Andauernde Unruhe bei den U. S.) Wenn Ledebour weiter behauptet, wir hätten nicht mehr die reine sozialistische Lehre, so möge er doch sich zuerst mit den Leuten noch weiter links von ihm auseinandersetzen, besonders mit den Moskauer Heiligen, bei denen die Unabhängigen als kleinbürgerlich und reaktionär gelten. (Heiterkeit bei der Mehrheit, lebhafte Unruhe bei den U. S.) Meine Partei unterscheidet sich von der unabhängigen dadurch, daß sie es ablehnt, die Spuren der russischen Sozialisten zu betreten, die, wie mir die Genossin Snowden vor einigen Tagen erst wieder bestätigte, nichts weniger als nachahmenswert sind. Herr Ledebour scheint den Unterschied zwischen Politik und Wirtschaft noch nicht zu begreifen. (Lachen.) Eine Staatsform kann man durch ein revolutionäres Dekret mit einem Schlage ändern, aber die Wirtschaft ist ein eigener Organismus, der nicht durch einen Erlaß geändert werden kann, sondern der seine eigenen Entwicklungsgesetze hat. (Lebhafter Beifall — Zuruf der U. S.) Und nach der November-Revolution war es unsere erste Pflicht, die deutsche Wirtschaft wieder hochzubringen, was durch die ständigen Putsche unmöglich gemacht zu werden drohte. Aus diesen Erwägungen und Anlässen heraus entstand die Reichswehr, wobei auch wir bedauern, daß ihre Einstellung hauptsächlich gegen Putsche von links gerichtet war. (Zuruf Ledebour: Durch Ihre Schuld!) Nachdem eine Mehrheit durch den Willen der Wähler für die alte Koalition nicht mehr gegeben war, kam für uns nach der unabhängigen Ablehnung eine Erweiterung der Koalition nach rechts nicht in Frage. Aus rein sachlichen Gründen war ein solches Zusammengehen unmöglich, ganz besonders wegen der auswärtigen Politik, über die wir uns nie mit der Deutschen Volkspartei einigen werden. Die Geringschätzung, mit der der Abgeordnete Schiffer gestern von der Internationale sprach, ist recht unangebracht, denn eine Revision des Versailler Friedens wird in den Ententeländern nur von den sozialistischen Parteien gefordert, nur im Verein mit ihnen also können wir dazu kommen. (Sehr richtig! links.) Auch ist die Deutsche Volkspartei heute noch eine monarchistische Partei. Und wenn wir auch — solange die Randbemerkungen Wilhelms II. noch im Volke lebendig sind — keinerlei Angst vor der monarchistischen Propaganda haben, so ist es uns doch unmöglich, mit einer solchen Partei zusammenzugehen. Auf keinen Fall also kann der Vorwurf gelten, daß meine Partei die Verantwortung gescheut hat. Das haben wir in den sechs Jahren deutlich genug bewiesen, sowie auch ein zweites: daß wir das Vaterland stets über die Partei stellen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

An der Regierung und namentlich an der soviel versprechenden Deutschen Volkspartei mit ihren Fachministern ist es nun, zu beweisen, daß sie es besser kann, daß sie dem Notenumlauf steuern kann, die Teuerung senken und alles wie in so schönen Aufrufen versprochen, besser machen kann als die alte Koalition und wir. (Sehr richtig bei den Soz. — Zuruf des Abg. Helfferich: Es war ja früher auch besser!) Ich stelle fest, daß auch wir uns — und zwar sowohl mein Vorgänger Bauer wie ich — stets bemüht haben, hervorragende Kapazitäten des deutschen Wirtschaftslebens zum Eintritt in die Regierung zu gewinnen, z. B. neben anderen den Geheimrat Biedfeld, Geheimrat Frisch von der Dresdener Bank, Herrn Cunow und viele andere. Und wenn sie abgelehnt haben, so tragen daran sicherlich nicht finanzielle Bedenken schuld, sondern die Einsicht, daß es unter den heutigen Umständen kein Vergnügen ist, Minister zu sein und sich von den reaktionären Blättern täglich durch den Kakao ziehen zu lassen. (Sehr richtig!)

Von dieser Stelle aus möchte ich noch darauf hinweisen, daß für diesen Wahlausfall niemand mehr Schuld trägt als die Entente, als die Politik der Fochs und Clemenceaus. (Sehr richtig!) Kein einziges Entgegenkommen gegenüber der jungen Republik — da mußten nationalistische Strömungen auftauchen und gestärkt werden. In Spa müssen wir, da hin ich ganz der Meinung des Abg. Schiffer, nichts übernehmen, was wir nicht ausführen können. Wenn wir Sozialdemokraten das Steuer des Reichsschiffes aus der Hand gelegt haben, so sind wir trotzdem auf diesem Schiff geblieben und sind bereit, in jeder Not in alter Verantwortungsfreudigkeit wieder für das Vaterland und das deutsche Volk einzutreten. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Darauf kam Reichsfinanzminister **Dr. Wirth** in einer längeren Rede zu Worte, in der er ausführte, daß der Etat für 1920 erst in den großen Ziffern feststehe. Der ordentliche Etat werde zum ersten Mal seit der Vorkriegszeit balanzieren und zwar mit 28 Milliarden. Dabei seien aber für 3 Milliarden noch nicht bewilligte Steuern in Rechnung gestellt, im außerordentlichen Etat aber vorgesehen an Ausgaben 11,6 Milliarden, darunter

5 Milliarden für den Friedensvertrag,

die aber kaum ausreichen würden. Dazu kämen aber 15 bis 16 Milliarden Fehlbeträge aus den Betriebsverwaltungen (Eisenbahnen usw.), so daß die außerordentlichen Ausgaben auf 26,6 bis 27,6 Milliarden steigen und ein Gesamtetat von 54 bis 65 Milliarden sich ergeben. Die Schuld des Reiches betrage 209 Milliarden. Dazu kämen die Kriegsaufwendungen der Länder und Gemeinden mit 15 bis 16 Milliarden, für die das Reich aufzukommen habe.

Am Schluß seiner Ausführungen sagte der Minister u. a.: Wir stehen vor Spa und damit

stehen wir vor unserem Schicksal,

ja vor dem Schicksal Europas. Von den Verhandlungen in Spa hängt nicht nur unsere Zukunft wesentlich ab, sondern auch die Frage des gesamten europäischen Wiederaufbaues. Wenn Vernunft und Verständigungswille die Verhandlungen beherrschen, kann man wohl auf einen Erfolg hoffen, der zu einer raschen Behebung der Kriegsschäden zu führen vermag und uns auch wirtschaftlich wieder zu Atem kommen läßt. Notwendig aber ist, daß Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wieder gehoben wird.

Das Problem der deutschen Zahlungsfähigkeit

ist primär ein Wirtschafts- und Geld-Problem. Die ganze Welt muß von dem Geldwahn loszukommen suchen. Man darf nicht vergessen, daß internationale Schuldabtragungen erfolgen können durch Sachgutlieferungen oder Dienstleistungen irgendwelcher Art. Das ganze Wiedergutmachungs-Problem wächst sich damit von selbst zu einem

Problem der Produktion

aus. Unter diesem wirtschaftlichen Gesichtswinkel ist die ganze Wiedergutmachungsfrage zu behandeln. Wenn das Problem von Spa zu einem für Europa günstigen Ende geführt werden soll, müssen Verhandlungen geführt werden, mit dem ehrlichen Willen das niedergedrückte Europa aufzurichten und die drohende Gefahr des wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und allgemein kulturellen Bankrotts hauptsächlich betroffenen Ländern Europas zu bannen. Das Problem ist ein europäisches, ja ein Weltproblem. Kommt es irgend wo zu einem Zusammenbruch, so pflanzt sich der Sturz fort auf allen Ländern und die Weltwirtschaft würde ungeheuren Schaden erleiden, schon aus dem Grunde, weil wichtige Absatzmärkte verloren gehen würden.

Ich sage, das deutsche Volk muß sich jetzt des ganzen Ernstes der gegenwärtigen Lage bewußt sein. In dieser Stunde entscheidet sich nicht unser nächstes Schicksal, sondern auch die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinder. Einig und geschlossen müssen wir stehen, daß wir die Lasten auf uns nehmen, die aus dem Kriege und aus dem Friedensvertrag erwachsen. All' unsere Hoffnung, daß doch noch eine bessere Zeit kommen werde, beruht auf der Arbeit und dem Fleiß unserer Hände. Die Not der Zeit muß bezwungen werden, nur durch ihre Bezwingung können wir sie beseitigen.

Abg. **Henke** (U. S.): Er wünsche den bürgerlichen Parteien in ihrem Liebeswerben um die Rechtssozialisten viel Glück. Aber seine Partei werde den Arbeitern klar machen, daß sie niemals schemloser auf dem politischen Gebiete angelogen seien, als durch die Mehrheitssozialisten. Die Unruhen der letzten Tage seien vielfach durch

Lockspitzel

hervorgerufen worden, um der Reaktion willkommene Gelegenheit zu geben. Der Kapitalismus, der aus dem Kriege ungeheure Gewinne gezogen habe, wolle das jetzt im Frieden fortsetzen auf Kosten des Proletariats. Die Konferenz in Spa sei eine schwierige Frage, aber man dürfe nicht vergessen, daß es schließlich eine Zusammenkunft von Kapitalisten sei. Noske, der sich von Offizieren habe einseifen lassen, trage die Schuld an Spa und mit ihm die Sozialdemokratie, die sich vor Spa drücken wollte. Natürlich sträubten sie sich gegen die Dezimierung der Reichswehr und der Sicherheitswehr, weil ihnen damit ein Kampfmittel gegen die Arbeiter entzogen würde.

Der bayrische Gesandte **von Preger** kommt auf die Bemerkungen des Reichsfinanzministers über die bayrischen Gehaltssätze zu sprechen, die höher seien, als die des Reiches. Das sei zwar immer der Fall gewesen, habe aber leider noch nicht geändert werden können. Jedenfalls liege der bayrischen Regierung jede Absicht, in die Reichsbesoldung einzugreifen, fern.

Abg. **Eisenberger** (Bay. Bauernbund.) erkennt die hohen

Verdienste der alten Regierung

gern an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt. Eine Diktatur sei stets von Uebel, wie uns auch die Militärdiktatur ins Unglück gestürzt habe. Ein kräftiger Mittelstand werde das beste Mittel gegen ein Umsichgreifen des Klassenhasses sein.)

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen vertagt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. Anfragen. Fortsetzung der heutigen Debatte. Notetat.

---

mit der Rechten die Schürze an den Mund und legte die Linke um Lenis Nacken. „Weißt, was der Ehnl da will?"

„Wie soll' ich?"

Kuppeln," kicherte die Kleine.

„Sei nit ungeziem!"

„Und du nit narrisch," sagte Burgerl, „Bäuerin sollst du werd'n da af'm Hof."

Lenis Gesicht ward glührot, sie schob das Kind von sich, „das sind keine Späß'!"

„Beileib' nit," lachte Burgerl und hüpfte um sie her. „Der Vater macht ja Ernst."

„Burgerl!"

„Aber, Leni, hast denn auch du kein' Merks? Muß mer's 'leicht auch dir noch sag'n, — wie der Ehnl 'm Vatern, — daß der in dich verliebt is und — du in ihn?!"

Da wich alles Blut aus Magdalenens Wangen, sie wehrte mit beiden Händen ab, ungelenk schnellte sie vom Stuhe empor und nur mit dem einen Gedanken: auf und davon mußt du, eilte sie die Treppe zur Bodenkammer hinan.

Burgerl stand so verblüfft, daß sie sich nicht einmal umwandte, um der Flüchtenden nachzusehen. Sie wickelte ein paarmal ihre Aermchen in die Schürze und wieder heraus. Plötzlich überkam sie ein drückendes Angstgefühl, Tränen traten ihr in die Augen und ihre Mundwinkel begannen zu zucken; sie lief zur Stiege und hastete hinauf.

„No, Caspar," sagte der Bauer vom Hof auf der weiten Hald', „mir scheint, dö Weis', der Sach' ein End' und aus der Dirn' ein' Bäu'rin z' machen, kimmt dir nit hart an?"

„Nein, nein, da wär' g'laugnet, g'logen," lachte der Grasbodenbauer, doch setzte er sofort bedenklich hinzu: „Aber halt, ob sie auch woll'n wird?"

„Sei nit so dumm! Laß dir sagen, daß eine auch um 'n Herzallerliebsten kein Spottwört'l und kein' Neckerei vertragt, und sich dr'um vor'n Leuten ganz ungebärdig geg'n ihn anstellt, das kommt vor; daß aber eine 's G'spött nit acht' und nach ein' Trutzlied'l den im Arm b'halt, den s' nit mögen möcht', das gibt's in der weiten Welt nit! Lern' du mich Weiberart kennen!"

„Du mußt's aber a Bissel gut kennen, die Weiberart!"

Ah, da schau! Und dir muß 's einwendig a Bissel gut geh'n! Sonst hört mer von dir Jahr' und Tag kein' G'spaß, und heut' traust dich gar geg'n mich, du Sackerlot!"

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

V. Kammermusikabend des Halleschen Streichquartetts vom Städtischen Theater-Orchester.

Mitwirkende die Herren Konzertmeister Versteeg (1. Violine), Pohnhardi (2. Violine), Miran (Viola) u. Weise (Cello).

Wenn von der Kammermusik gesagt wird, daß sie die vollendetste Form der instrumentalen Musikarbeitungen sei, so fand dieses bezüglich der gestrigen Wiedergabe des J. Brahmschen Streichquartetts in A-Moll Opus 51 Nr. 2 sowohl, als auch über das Streichquartett in Es-Dur Opus 51 von A. Dvorak wieder vollauf seine Bestätigung. Das diesige musikliebende Publikum war für diese beiden selten gehörten Quartette dankbar und verlebte einen genußreichen Abend. Zeichnete sich schon der 2. Satz des A-Moll-Quartetts durch eine prächtige Kantilene aus, so wurde in dem 3. Satz (Allegro non assai) Brahms gänzlich offenbar. Im Es-Dur-Quartett fesselten die Staktati im 2. und besonders aber die strahlende Romanze im 3. Satz, die dann noch durch das Finale (4. Satz) mit seinen reizvollen Rhythmen eine weitere Steigerung des Genusses für das Publikum brachten.

Die Wiedergabe war über alles Lob erhaben und schienen technische Schwierigkeiten gar nicht vorhanden zu sein, was auch besonders bezüglich des Zusammenspieles gesagt werden muß. Alles in allem ein Quartett, das der Musikstadt Halle Ehre macht. Der Besuch dieser Kammermusikabende kann daher durchaus empfohlen werden. Der Besuch war gut. E.

Ein Dauerflugrekord. Die beiden französischen Flieger Boussoutrot und Bernard haben einen neuen Dauerrekord aufgestellt. Sie flogen von Etampes in einer Goliath-Maschine auf und hatten die Absicht, 36 Stunden in der Luft zu bleiben. Aber infolge dichten Nebels und der Furcht, daß ihr Betriebsstoff nicht ausreichen würde, mußten sie bereits bedeutend früher landen. Trotzdem haben sie einen Rekord aufgestellt, indem sie, wie aus Paris berichtet wird, 24 Stunden und 19 Minuten ununterbrochen geflogen sind, während der bisherige Rekord mit 21 Stunden, 48 Minuten von dem deutschen Flieger Landmann gehalten wurde.

Die Bevölkerungszunahme von New York. Nach den amtlichen Angaben der letzten Volkszählung in New York beträgt die Zahl der Einwohner der größten Stadt der Vereinigten Staaten 5 621 151. Das bedeutet eine Zunahme von 854 258 Seelen oder 17,9 Prozent seit der letzten Zählung vor zehn Jahren. Diese Zunahme ist die geringste, die bisher in der Geschichte der Stadt beobachtet wurde mit Ausnahme des Jahrzehnts von 1860 bis 1870. Unter den fünf Bezirken zeigt einer eine Abnahme der Bevölkerung, nämlich Manhattan, wo die Einwohnerzahl um 47 439 Seelen, d. h. um 2 Prozent gefallen ist. Brooklyn zeigt eine Zunahme um 23,7 Prozent, Bronx um 63,8 Prozent, Queens um 64,3 Prozent und Richmond um 34 Prozent.

Eröffnung der Städtischen Kammerspiele in Bad Mitteland. Am Freitag, den 9. Juli findet zur Eröffnung der städtischen Kammerspiele eine Aufführung von Goethes „Stella" statt. Die Vorstellung wird eingeleitet durch den Goetheschen Prolog zur Eröffnung des Hallischen Theaters am 6. August 1811. Der Vorverkauf für diese Vorstellung beginnt an der Stadttheaterkasse am Montag, den 5. Juli.

Stadttheater. Heute, Freitag, abends 7½ Uhr findet das VIII. Konzert (III. Konzert der Robert Franz-Singakademie) unter Leitung von Professor Alfred Rahlmes statt. Sonnabend, abends 7½ Uhr, gelangt im Freitag-Abonnement das fröhliche Spiel „Als ich noch im Flügelkleide" von Rehm und Fresen unter der Spielleitung von Eugen Teuscher zur Aufführung. Es wirken mit Charlotte von Durand, Helene Achterberg, Irma Grami, Hedwig Jonas, Helene Hartmann, Erna Teuscher, Annemargret Schön, Dora Debicke, Adalbert Kramat, Hermann Wedding, Josef Krabs, Georg Ottmay, Otto Tiedemann. Sonntag, abend 6 Uhr, „Die Meistersinger von Nürnberg". Montag" Der Bettelstudent".

Literatur.

Die „Neue Zeit", Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Von der „Neuen Zeit" ist soeben das 14. Heft vom 2. Band des 38. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Weltkrieg und Ludendorffs Strategie. Von Bernhard Rausch. I. — Gefährdeter Kriegsgewinn Englands in Persien. Von Erwin Barth. — Eine neue Geschichtsphilosophie. Von Dr. John Schikowski. — Ein Vierteljahrhundert Sozialpädagogik. Von Dr. Artur Buchenau (Berlin). — Zum Währungsstreit. Von Artur Heichen. — Wilhelm Holzamer als Erzähler und Poet. Von Joseph Kliche. — Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 18 Mark das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1 Mark. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200702-13/fragment/page=0003

Vorläufiger Reichswirtschaftsrat.

2. Sitzung, Donnerstag, 1. Juli, 11 Uhr.

Präsident Edler von Braun eröffnet die Sitzung nach 11¼ Uhr. Der Saal ist voll besetzt. Auf der Tagesordnung steht ein von allen Gruppen unterstützter Antrag Wissel: Die andauernde Schließung von Betrieben bezw. die Beschränkung der Produktion bringt volkswirtschaftliche und soziale Schädigungen so schwerer Art, daß dringend die Wege zur Abwendung dieser Gefahren zu erforschen sind. Der

Ausbau der heutigen Erwerbslosen-Fürsorge

zu einer produktiven, deren Ziel die Steigerung der Warenerzeugung ist, erscheint unumgänglich geboten. Der wirtschaftlichpolitische Ausschuß wird beauftragt, die hier in Betracht kommenden Fragen zu prüfen und dem Reichswirtschaftsrat Vorschläge zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Reichsminister a. D. **Wissel:** Der Antrag ist von allen Gruppen, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und von allen einzelnen Richtungen unterschrieben. Es genügt nicht, den Arbeitslosen nur eine Geldunterstützung zu geben, es gilt, ihnen Freude an der Arbeit zu bereiten und eine produktive Erwerbslosen-Fürsorge zu schaffen. Ich schlage vor, meinen Antrag nicht nur dem wirtschaftlichpolitischen Ausschuß, sondern beiden Ausschüssen zur gemeinsamen Beratung zu überweisen, die eine innere Kommission mit den Vorarbeiten betrauen werde. Dann können wir die Mittel erkennen, um aus der unhaltbaren Lage herauszukommen Ich bitte ohne eingehende Beratung dem Antrage zuzustimmen. (Lebhafter Beifall.)

Reichswirtschaftsminister **Dr. Scholz:** Die Regierung wird im Ausschuß in der Lage sein, die bereits von ihr unternommenen und beabsichtigten Schritte darzulegen. Dabei wird es nun von höchstem Werte sein, von den Sachverständigen im Ausschuß zu erfahren, ob sie mit unseren Maßnahmen einverstanden sind, oder welche Vorschläge sie zu machen haben. Der Reichswirtschaftsrat soll ein Parlament der Tat sein.

Geheimrat **Weigert:** Das Reichsarbeitsministerium hat sich mit der Frage der produktiven Erwerbslosenfürsorge bereits befaßt und begrüßt die Möglichkeit, mit Hilfe des von ihnen einzusetzenden Ausschusses diese Frage auf eine breitere Basis zu stellen.

Textilarbeiter **Jäckel:** Unbegreiflicherweise ist bei der Zusammenstellung des wirtschaftlichpolitischen Ausschusses die Textilindustrie nicht berücksichtigt worden. Deutschlands Textilindustrie ist von Aufträgen vollkommen entblößt. In diesem Augenblick vergibt man zur Bekleidung der Sicherheitswehr einen Auftrag von 700 000 Meter Militärtuch an englische Firmen. (Lebhaftes hört, hört!) Die deutsche Industrie hätte diesen Auftrag zu billigeren Preisen ausführen können. Weiter sind von Deutschland gewaltige Aufträge ins Ausland gegangen, während bei uns hunderttausende von Textilarbeitern arbeitslos geworden sind. Vom Reichswirtschaftsrat ist festzustellen, nach welchen Grundsätzen die staatlichen Verwaltungen ihre Aufträge vergeben. Deutschland muß seine Aufgabe darin sehen, die einzelnen Fabriken dem Machtbereich des einzelnen Unternehmens zu entziehen und sie selbst zu verwalten.

Der Antrag wird an den wirtschaftlichpolitischen Ausschuß verwiesen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Beratung über den Ausfuhrabgabeausschuß beantragt Herr **Keinath** den wirtschaftlich-politischen Ausschuß zu beauftragen, eine Kommission einzusetzen.

Das Haus beschließt dementsprechend.

Die Beratung über den **Betriebsräteausschuß** wird nach kurzer Debatte von der Tagesordnung abgesetzt und dem Vorstand die Festsetzung des Termins und der Tagesordnung für die nächste Sitzung überlassen.

Schluß 12¼ Uhr.

Gib Deine **Grenz-Spende** für die **Volksabstimmung** dem Deutschen Schutzbund

Annahmestelle:

Verlag der Volksstimme, Gr. Ulrichstraße 27.

Notizen.

Trostlose Wirtschaftslage in der Pfalz. Unter dem Vorsitz des ersten Bürgermeisters Leiling fanden Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband Speyer und Vertretern der Arbeitslosen statt. Die Firmen erklärten sich angesichts der trostlosen Lage der Schuhindustrie außer Stande, den Betrieb wieder aufzunehmen. Ueber die Frage von Abgabe billiger Lebensmittel an die Arbeitslosen seitens der Stadt schweben Verhandlungen. — Die Lohnbewegung in der pfälzischen Metallindustrie ist durch teilweise rechtsverbindliche Erklärung eines Schiedsspruches bezw. einer Vereinbarung zu einem vorläufigen Abschluß gekommen.

Der Völkerbundsrat wird am 9. Juli zu Verhandlungen über die Alandsfrage zusammentreten.

Englische Vertreter für Spa. Nach „Intransigeant" hat die englische Regierung zur Konferenz von Spa den Chef der englischen Militärmission in Berlin, Generalmajor Malcolm, sowie den englischen Vertreter in der interalliierten Kontrollkommission, General Bingham, dazu auch den Kommandanten der englischen Truppen in Ostpreußen Generalleutnant Haking berufen.

Krassin reist ab. Wie der „Telegraaf" aus London erfährt, wird Krassin nach Moskau abreisen, um sich von der Räteregierung neue Weisungen einzuholen.

Der Kampf in Irland. Das Hauptbüro der Polizei im Norden der Stadt Cork ist durch eine Bombe teilweise zerstört worden.

Die Festsetzung der Grenze. In Kopenhagen trafen die Entente-mitglieder für die internationale Kommission ein, die die endgültige Grenze zwischen Dänemark und Deutschland ziehen sollen.

Versammlungs-Kalender

Neumark. Dienstag, den 6. Juli, abends 8 Uhr, bei Naumann in Erumpa Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Vorstandes. 2. Vereinsangelegenheit. 3. Berichtedenes. Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Lebensmittel-Kalender.

Versorgung mit Kartoffeln. In der Woche vom 5. bis 11. Juli können auf die Marke 47 der grauen Kartoffelkarte 2 Pfund Kartoffeln gekauft werden Der Einkauf darf nur in den Geschäften bewirkt werden, in denen die Anmeldung zur Kartoffelkundenliste erfolgt ist. Der Preis für das Pfund Kartoffeln beträgt 45 Pf. Der Verkauf erfolgt von Sonnabend bis einschließlich Mittwoch. Eine Nachlieferung von Kartoffeln am Donnerstag, Freitag und Sonnabend findet nicht statt. Die abgetrennten Abschnitte sind bis spätestens Donnerstag, den 8. Juli, abzuliefern.

100 Gramm Butter. In der Woche vom 5. bis 11. Juli werden auf den Abschnitt 30 der roten Fettkarte für jede Person eines Haushalts 100 Gramm Butter zum Preise von 3,10 M. abgegeben. Der Verkauf erfolgt in den Geschäften, in denen die Anmeldung zur Butterkundenliste bewirkt ist Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, den 12. Juli, abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Fleisch- und Wurstkonserven und Roßgoulasch in der Talamtschule am Sonnabend, den 3. Juli, Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 78 501 bis 84 500 vormittags von 8 bis 1 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Haushalte mit einer Person eine ¼ Kilo-Dose Fleisch- und Wurstkonserven, an Haushalte mit zwei Personen eine 1 Kilo-Dose Roßgoulasch und an Haushalte mit drei Personen eine ½ Kilo-Dose Fleisch- und Wurstkonserven und eine 1 Kilo-Dose Roßgoulasch, usw. abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt für eine ½ Kilo-Dose Fleisch- und Wurstkonserven 5,00 Mk. und für eine 1 Kilo-Dose Roßgoulasch 11,00 Mk. Die Roßfleischkonserven sind auf dem städtischen Schlachthofe und unter städtischer Aufsicht hergestellt worden. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Verteilung von Kokos-Speisefett. Die Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Warenkundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, das in der Woche vom 12. bis 18. Juli zur Verteilung kommende Kokosspeisefett auf dem städtischen Schlachthof und Viehhof abzuholen. Die Abgabe erfolgt an Kleinhändler, deren Namen beginnt mit den Buchstaben: A—D Montag, den 5 Juli, E—G Dienstag, den 6. Juli, H—K Mittwoch, den 7. Juli, L—N Donnerstag, den 8. Juli, O—Sch Freitag, den 9. Juli, St—Z Sonnabend, den 10. Juli, nur in den Vormittagsstunden von 7 bis 11/12 Uhr — Die vorstehende Ordnung ist genau einzuhalten Für jede Person eines Haushalts kommen 100 Gramm zur Abgabe. Der Verkaufspreis beträgt 2,50 M. Gefäße in genügender Größe und Geld sind mitzubringen. Mit dem Verkauf des Kokos-Speisefettes darf vor Montag, den 12. Juli, nicht begonnen werden.

Auf die Milchkarten der Klasse IV wird für die Woche vom 5. bis 11. Juli gegen Abgabe der für diese Tage gültigen Milchkartenabschnitte 1 Pfund vorkondensierte Milch zum Preise von 4 M. (vier Mark) abgegeben. Der Verkauf erfolgt bei den zum Quarkverkauf zugelassenen Milchhändlern. Gefäße sind mitzubringen. Die Milchkartenabschnitte sind zu Hunderten gebündelt in besonderem Umschlage bis spätestens Dienstag, den 13. Juli, dem Stadternährungsamt, Abteilung II einzureichen.

Vorkondensierte Milch. Für Kinder vom 6. bis 12. Lebensjahre wird für die Woche vom 5. Juli bis 11. Juli auf den Abschnitt 43 des Einkaufsscheines für Molkereierzeugnisse 1 Pfund vorkondensierte Milch zum Preise von 1 M. (vier Mark) abgegeben. Der Verkauf erfolgt bei den zum Quarkverkauf zugelassenen Milchhändlern. Die Abschnitte des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse sind bis spätestens Dienstag, den 13. Juli, dem Stadternährungsamt, Abteilung II. abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Malzextrakt an Kinder bis zu 12 Jahren in der Talamtschule am Sonnabend, 3. Juli. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 73 501 bis 84 500 vormittags von 8 bis 1 Uhr. Es kann an jedes Kind bis zu 12 Jahren eine Dose zum Preise von 4,30 M. abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Sonnabend, den 3. Juli. Zugelassen werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 53 001 bis 58 000 vormittags von 8 bis 1 Uhr. Es können an jede Person eines Haushaltes 70 Gramm zum Preise von 60 Pf. abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, den 2. Juli 1920. **Der Magistrat.**

Billiger Gelegenheitskauf!

Ein Waggon

20000 Einkochgläser

bringe billig zum Verkauf.

Konservengläser	:: Fleischgläser ::
m. Gummiring u. Bügel (Komplett)	m. Gummiring u. Bügel (weite Form)
1/2 3/4 1 1 1/2 2	1/2 3/4 1 1 1/2 2
1,95 2,45 2,95 3,65 3,95	2.65 2,95 3,45 3,65 3,95

Hafengläser, Geleegläser, Dunstgläser u Einmachtöpfe in allen Größen vorrätig.

Einkoch-Apparat mit Thermometer 49,85 Mk.
Einkoch-Apparat „Erika" mit Thermometer 79,85 Mark.

Sobel,

Halle a. S., Steinweg 45, Telephon 5635.
Gr. Ulrichstr. 9, Tel. 5635. Kellstr. 1, Tel. 5736.
Filiale Ammendorf, Bahnhofstr. 3, Tel. 57.
Filiale Cöthen, Schalaunischestraße 8.

Sozialdemokratischer Verein für Halle

(Alte Partei).

Dienstag, den 6. Juli, abends 8½ Uhr, in Wilsdorf's Gesellschaftshaus, Karlstraße 14 (großer Saal)

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Geschäftsjahr 1919—20, a) des Vorstandes, b) der Revisoren, c) der Pressekommission, d) der Bildungskommission.
2. Neuwahl des Vorstandes und der einzelnen Kommissionen.
3. Bericht von der Unterbezirkskonferenz.
4. Unser Sommerfest.
5. Geschäftliches.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung der Generalversammlung darf kein Mitglied fehlen.

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches resp. Mitgliedskarten. **Der Vorstand.** J. A.: Heine.

Bitte ausschneiden!

Die Dampferfahrten unserer beiden Dampfer „Georgsburg" u. „Giebichenstein" nach **Bad Neu-Ragoczy** und **Wettin** finden fahrplanmäßig wie folgt statt:

Fahrplan:

An Sonn- und Feiertagen:

Halle—Bad Neu-Ragoczy:
ab Halle . . . . . 8.30 vorm.
" " . . . . . 1.00 nachm.
" " . . . . . 4.30 nachm.

Bad Neu Ragoczy—Halle:
ab Bad Neu-Ragoczy . . . . 11.00 vorm.
" " " . . . . 2.30 nachm.
" " " . . . . 7.00 "

An Wochentagen (Montag und Donnerstag, auch Mittwoch und Sonnabend) ab Halle 2.00 nachm., Rückfahrt ab Bad Neu-Ragoczy 7.00 nachm.

Außerdem halten wir uns den werten Vereinen, Schulen, Korporationen usw bestens empfohlen.

An Sonn- und Feiertagen:

Halle—Bad Neu Ragoczy—Wettin:
ab Halle . . . . 7.30 vorm., 2.45 nachm.
an Bad Neu-Ragoczy 8.30 " , 3.45 "
an Wettin . . . 9.30 " , 5.15 "

Wettin—Bad Neu-Ragoczy—Halle:
ab Wettin . . . . 10.00 vorm., 6.00 nachm.
an Bad Neu-Ragoczy 11.30 " , " "
ab " . . . 12.45 mitt., 7.30 "
an Halle . . . . 2.15 nachm., 9.00 "

Dönitz & Wolter, Dampfschiffsbesitzer,
Halle a. S., Wilhelmstraße 49. Fernsprecher 3654.

Weißenfels

Lebensmittelverteilung im Stadtkreise.

In der Woche vom 5.—10. Juli 1920 kommen nach der Kundenliste auf **Marke 277**

250 gr Haferflocken zum Preise von 70 Pfennig

zur Verteilung.

Markenablieferung und Bestandsanzeige der Verkaufsstellen am Dienstag, den 13. Juli an die Warenabteilung des städtischen Lebensmittelamtes, Leopold Kellstr. 14.

Zuwiderhandlungen werden nach § 17 der Verordnung vom 25. 9./4. 11. 15. bestraft.

Weißenfels, den 2. Juli 1920.

Der Magistrat.

Fleischabgabe.

Die Fleischmenge für die Woche vom 28. 6. bis 4. 7. 1920 beträgt:

100 Gramm frisches Rindfleisch zu 2,10 Mk.

Auf Kinderkarte die Hälfte.

Es haben nur Fleischmarken für die Woche vom 28. 6. bis 4. 7. 1920 Gültigkeit.

5. Buttermarke.

Von Sonnabend früh ab findet in sämtlichen Buttergeschäften gegen Abgabe der 5. Buttermarke Verkauf von Inland-Butter statt. Auf jede Marke werden

70 Gramm Butter zu 2,20 M.

verabfolgt.

Ablieferungstag am Donnerstag, den 8. Juli 1920.

Bitterfeld

Bekanntmachung.

Für die Woche vom 3.—9. Juli d. Js. gelangen auf Abschnitt 40 der grünen Stadtlebensmittelkarte pro Kopf der Versorgungsberechtigten **5 Pfund Kartoffeln** zum Preise von 30 Pfg. das Pfund zur Ausgabe.

Der Verkauf findet nicht mehr wie bisher bei den Händlern sondern nur noch im **Reichardt**'schen Grundstücke, Hallesche Straße 9, statt.

Wegen Kartoffelknappheit ersuchen wir alle bereits eingedeckten Einwohner, Kartoffeln nicht mehr abzufordern.

Der Abschnitt verliert mit dem 9. Juli d. Js. seine Gültigkeit.

Bitterfeld, den 1. Juli 1920.

Der Magistrat. Heinrich.

Hafer

und andere Futtermittel für Pferde, Rinder, Schweine Ziegen, Geflügel empfiehlt

„Elverge",

c. G. m. b. H.,
Gr. Märkerstraße 5.
Fernspr. 6336.

Stellen finden

15—25 Mark

garantiert dauernden täglichen Verdienst für jedermann, trotz der hohen Portospesen. Leichte, saubere, angenehme, häusliche Arbeit. — Kein Wiederverkauf. — Bitte um Adresse. Für Rückporto 20 ₰ erbeten.

Glimmerkarten-Zentrale R. Bach, Chemnitz.

Vermischtes

Ehelente! Frauen!

Verlangt umsonst Prosp. über

Mutterschutz Inna

v. P. Schwärecke, Hettstedt.

Willkommen-Plakate

für freie Sänger- Turner- Radfahrer- **Vereine**

empfiehlt

Alb. Hentze,

24 Schmeerstr. 24.

Ia Strumpfgarne

versendet auch an Private, Proben frei, die Wollgroßhandlung **Julius Werner, Freiburg i. Brsg. 47** [z

Waschwannen
Badewannen
Brühfässer

in nur dauerhafter solider Handarbeit in großer Auswahl jetzt zu billigen Preisen wieder am Lager. 2352

Böttcherei

21 Schülerhof 21 dicht am Marktplatz.

Apollo-Theater.

8 Uhr:

Gastspiel des Cölner Metropoltheaters.
Direktion: Curt Bruck. Leiter: Eugen Monson.
Orchesterleitung: Dr. Hans Kassebaum.

„Grigri".

Operette in 3 Akten von Paul Lincke.

Als Hauptdarsteller die hier bestens bekannten:
Karl Waterstradt, Henri Janowitz,
Josef Walbrück, Alfred Horsten,
Antonie Buchardy, Georg Hervé.

Vorverkauf täglich 9—1 und 5—1/7, Sonntags ständig.

Eheleute

wenden sich bei Bedarf an Frauenschutz-Artikel, Spülapparate, Frauenstopf, an Versandhaus **Germania, Halle a. S.,** Landsbergerstraße 5. 1a.
Preisl. Diskr. geg. Rückporto.

Schluss

der

Anzeigen-Annahme

vormittags 9 Uhr.

Ernste u. heitere, aber immer von frischem Sturmgeist, von köstlichem Humor durchwebte Schilderungen einer Proletarierjugend

Preis 6,— Mark
+ 20% Teuerungszuschlag

Die Lieferung erfolgt durch die

Buchhandlung der „Volksstimme"

Große Ulrichstraße 27 — und deren Austräger. —

Stadt-Theater

Sonnabend, den 3. Juli im Freitag-Abonnement. Anf. 7½, Ed. 10½ Uhr: **Als ich noch im Flügelkleide.**
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Tartüff.**
Sonntag abend 6 Uhr: **„Die Meistersinger von Nürnberg".**

Städtische **Kammerspiele Bad Wittekind.**

Freitag, den 9. Juli, abends 7½ Uhr:
Eröffnungs-Vorstellung.
Prolog von Goethe, hierauf
Stella
ein Schauspiel f. Liebende von Goethe.
Vorverkauf an der Kasse des Stadttheaters.

Solbad Fürstental

Robert Franzstr. 10.

Dauerhafte Portemonnaies

in prima Leder u. jeder Ausführung

H. Krasemann

nur Schmeerstr. 19.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200702-13/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

„Freier Sängerchor." Freitag abend 5 Uhr im Vereinslokal „Zum Schultheiß", Merseburger Str. 10, Singestunde, weil Herr Lissel um 8 Uhr verhindert ist. Wir bitten dieses zu beachten! — Wegen der Veranstaltung am Sonntag darf kein Sänger in dieser Uebungsstunde fehlen, sondern alle, auch neue Sänger, pünktlich erscheinen. **Der Vorstand.**

Arbeiterjugend. Heute, Freitag abend 7 Uhr, treffen sich die Genossinnen und Genossen auf der Peißnitz. Der Vorstand.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 2. Juli 1920.

Die Polizeistunde auf 11½ Uhr abends festgesetzt.

Auf Grund des § 3 der Verordnung vom 11. 12. 1916 betreffend die Ersparung von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln hat der Herr Regierungspräsident die Schlußstunde für Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Cafés, Theater, Lichtspielhäuser, Räume, in denen Schaustellungen stattfinden, sowie für öffentliche Vergnügungsstätten aller Art auf 11½ Uhr abends festgesetzt. Das Gleiche gilt von Vereins- und Versammlungsräumen, in denen Speisen und Getränke verabfolgt werden.

Sie fühlen sich wieder.

Nach der Wahl.

Abends zwischen 7 und 8 Uhr. An der berühmten Straßenkreuzung mit zwei Straßenbahnhaltestellen, einem Kino, einem Kaffee, dem bekannten Weinhaus hiesiger reicher Schlemmer und dem Varietee- und Konzerthaus, bilden sich an den einzelnen Straßenecken die jedem Hallenser bekannten Menschengruppen. Auf dem Sandkasten neben der Litfaßsäule hockte, wie jeden Abend, der Klub der jungen Burschen, denen es hier inmitten des Menschengetriebes besser gefällt, als in ihren dumpfen Wohnungen in der Wall-, Fleischer-, Breitestraße und den elenden Gassen des Viertels um Moritzburg und Domkirche. Die Gruppen sind nicht stärker als sonst, auch nicht lauter, und von einem objektiv Beobachtenden auch nicht als verkehrshindernd, öffentliche Aergernis erregend oder eine dem Landfriedensbruch nahekommende Zusammenrottung zu erkennen. Dazu ist ihre Zusammensetzung auch recht bunt: Arbeiter, Jugendliche, „vornehme" Damen, Studenten, selbst die im Verkehrsbilde unvermeidlichen fälschlich benannt als „Nosketen" und „Grünen". Noch nie fand der hier postierte Schutzmann Grund zu energischem Einschreiten. Diesmal eilte aber ein Polizeikommissar, jung an Jahren, Kneifer auf der Nase, schwarze Hose, Lackstiefeletten, feldgraue Offiziersbluse, auf deren Achsel die wilhelminischen Sternarten mit den Achselstücken der hiesigen Polizei vertauscht worden sind, in sichtbarer Erregung von einer Straßenecke zur andern, und lieblich schnarrend — wer kennt nicht diese Töne der verflossenen Aeh-äh-Leutnants —, erklang es, laut, wie in den Tagen des Kapp-Putsches aus dem heiseren Rachen der Soldateska: „Weitergehen! Nicht stehen bleiben!" Alles lauscht, selbst die solchem Herrn freundlich gesinnten Passanten stutzen, schütteln die Köpfe ob dieser polizeikommissarischen Unhöflichkeit, die sich hier grundlos austobte. Das Eigentümlichste bei dieser schneidigen Attake — Herr Kommissar, Sie waren doch Offizier! — war: der Hüter öffentlicher Ordnung rannte, ja wirklich: rannte, nur an den Arbeitergruppen vorüber, sie anschreiend: „Weitergehen! Nicht stehen bleiben!" Wer eine Arbeitsmütze auf seinem Haupte trug, unterm Arme einen Kaffeekrug oder eine schmutzige Arbeitsbluse geklemmt hatte, wessen Gesicht von Kohlen- oder Eisenstaub bedeckt war, zog wie ein Magnet den Herrn Kommissar an sich, während die Gruppen in Stehkragen, Handschuhen und feinen Kleidern von dem herumrasenden polizeikommissarischen „Ordnungs"hüter verschont blieben. Wirklich: höchst sonderbar, dieses verschiedene Anfassen der Leute; Klassenscheidung auch hier. Selbst Soldaten lachten über sein „preußisches Auftreten". Der Schutzmannsposten verstand es dann, als der Herr Kommissar das Kampffeld räumte, besser, die begreiflicherweise erregten Arbeiter gütlich zu beruhigen. Offenbar leidet dieser junge Herr Kommissar, dessen preußischen Schneid man auf der Straße, in Wahlversammlungen usw., öfters beobachten konnte, an einem „Bolschewisten-Floh", denn sonst könnte ihn das äußerlich schmutzige Gewand der Handarbeit nicht reizen, wie den Stier das rote Tuch . . . .

. . . . Uebrigens eine schöne Aufgabe für den unabhängigen Polizeidirektor.

Die Schutzmannschaft denkt anders, sie kommt mit dem Publikum, bis auf wenige Ausnahmen, gut aus. Aber jene „Oberen" und „Besseren": sie fühlen sich wieder.

Mehr praktischen Sozialismus!

Nur durch starke Gemeinwirtschaft kommen wir aus dem Elend. Als Grundlage müssen Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften dienen, die durch ihre Organisation Warenerzeugung und Warenverteilung regeln, unter Ausschaltung aller verteuernden Zwischenstellen. Das ist eine unerläßliche Vorbedingung des Sozialismus. Sozialismus im wahren Sinne des Wortes kann keine Regierung, welcher Art sie auch sei, dem Volk auf dem Präsentierteller bringen, er muß errungen werden, und das kostet weiter nichts als folgerichtiges Handeln. Hier liegt aber der Haken. Viele fühlen sich berufen, aber nur wenige sind ausersehen, dem Sozialismus in des Wortes schönster Bedeutung zum Siege zu verhelfen. Viele schreien täglich mit mehr oder weniger kräftigen Worten nach mehr Sozialismus, leisten aber praktisch dafür gar nichts. Andere begnügen sich damit, hin und wieder einen sozialistischen Stimmzettel abzugeben und warten dann auf die gebratenen Tauben. Wenn die natürlich nicht kommen, dann sind sie verstimmt.

Wir wollen nur auf die riesigen Erfolge der deutschen Konsumgenossenschaften und ihrer Zentralen innerhalb der letzten 25 Jahre hinweisen, Erfolge, wie sie bei Beginn der modernen Genossenschaftsbewegung von dem kleinen Häuflein Gründer allerdings sicher nicht erwartet wurden. Nicht mit großen Kapitalien haben die Arbeiter ihr ideales Werk begonnen, nein, sie haben lediglich ihre Waren, in der Hauptsache zunächst nur Lebensmittel, gemeinsam durch ihren Konsumverein eingekauft. Der Gewinn floß nicht mehr in die Taschen von großkapitalistisch betriebenen Handelsgeschäften, sondern verblieb den organisierten Konsumenten, die am Schlusse des Geschäftsjahres einen Teil der Erübrigung zurückerhielten, zur Anschaffung von Kohlen, Kartoffeln usw.

Hätten alle diejenigen, die bisher nur in der Theorie Sozialismus betrieben, auch etwas mehr Praxis geübt, so wären nicht Hunderte von Millionen, sondern viele Milliarden durch die Organisation der Verbraucher umgesetzt worden. Es wären beim Ausbruch des Krieges nicht kaum ein Dutzend genossenschaftliche Fabrikbetriebe, sondern viele Dutzende und mannigfache Produktionszweige umfassende Fabrikbetriebe in den Händen der genossenschaftlich organisierten Verbraucher gewesen. Die Kriegsgewinne und Revolutionsgewinne aus diesen Betrieben hätten nicht die Kapitalisten eingesteckt, sondern, soweit Ueberschüsse in genossenschaftlichen Betrieben gemacht werden, hätten diese wiederum zur Erwerbung neuer Produktivbetriebe und zur Aufnahme neuer Fabrikationszweige und zur Beschäftigung weiterer vieler tausend Arbeiter und Angestellten in ihren eigenen Betrieben dienen können.

Mancher Kapitalist wäre kaltgestellt durch diesen unwiderstehlichen wirtschaftlichen Kampf, der zweifellos zum Sozialismus führt.

Ihr, die nicht gewankt,

euch mitten in wüstester Hetze, trotz Verleumdung, Terror und offener Gewalttätigkeit zur alten Sozialdemokratie zu bekennen,

ihr, die Kerntruppe

des demokratischen Sozialismus in Deutschland, der jetzt die Sache des arbeitenden Volkes gegen die finstere Reaktion wie gegen unheilschwangere Sowjetspielerei und Gewerkschaftszerstörung, ihr

müßt wachsam u. bereit sein,

denn der Kampf ist noch nicht beendet. Im Herbst sind Landtagswahlen, bald vielleicht wird auch ein neuer Reichstag gewählt werden müssen. Da gilt es vorzuarbeiten. Ihr müßt die Rüstung erneuern

und die Waffen schärfen.

Aufklärung tut bitter not. Die Wahlen haben zur Genüge bewiesen, daß bei vielen Wählerinnen und Wählern nicht klarer Verstand, sondern ein trügerisches Gefühl den Stimmzettel bestimmte.

Euer Arsenal ist die Presse.

Diese gilt es rastlos zu stärken. Eine große Leserschaft wird ermöglichen, daß die Konkurrenz gegen den kapitalistischen Zeitungswald aufgenommen werden kann. Werbt deshalb unermüdlich für Euer Kampforgan:

die „Volksstimme",

führt ihr neue Leser und der Partei neue Mitglieder zu.

Zur Betriebsratswahl der Eisenbahner.

In unserer Sonnabendnummer brachten wir über dieses Thema ein Schreiben des Deutschen Eisenbahnerverbandes; jetzt geht uns von Genossen aus Delitzsch, die dem angegriffenen Allgemeinen Eisenbahnerverband angehören, eine Zuschrift zu, die auf diese Angriffe eingehen. Wir bringen sie auch im lokalen Teil:

„In gehässiger Weise sucht der Deutsche Eisenbahnerverband immer wieder den A. E. V. zu schädigen. Hauptsächlich wird versucht, die Führer des A. E. V. bloßzustellen. Da aber an ihrer Gewerkschaftsarbeit nicht viel auszusetzen ist, versucht man es mit der Parteipolitik. (Echt U. S. P.-Art.) — Die sogenannte 3-Millionen-Angstspende ist nicht dem A. E. V., sondern der Kasseler Verbandskrankenkasse zugeflossen. Die Kriecherei ist nicht bei uns, sondern in den Reihen des Deutschen Eisenbahnerverbandes zu finden. Anläßlich der Wiedereinstellung der entlassenen Eisenbahner sind diese U. S. P.-Leute bis in die Amtsstube des Genossen, des verdammten Mehrheitssozialisten Krüger (Merseburg) gelaufen."

Die Zuschrift fordert dann auf, bei der Betriebsratswahl die Liste des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes zu wählen.

(Anmerkung der Redaktion: Die Genossen von Delitzsch gehen zum Teil von falschen Voraussetzungen aus. Wir verstehen wohl, daß sie sich durch den scharfen Ton des Eingesandts des Deutschen Eisenbahnerverbandes verletzt fühlen, aber in den Reihen desselben sind nicht nur U. S. P.-Anhänger, sondern in größerer Anzahl unsere eigenen Parteigenossen, ausgenommen den Bezirk Halle. Wir geben den Genossen in Delitzsch zu bedenken, daß die beiden Vorsitzenden des Deutschen Eisenbahnerverbandes Mehrheitssozialisten sind, während es bei dem A. E. V. nicht der Fall ist. Ferner, und das ist die Hauptsache, der Deutsche Eisenbahnerverband ist den freien Gewerkschaften, dem Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen, und unsere Parteigenossen in Delitzsch werden doch einsehen müssen, daß wir ohne Zweifel Zuschriften der freien Gewerkschaften aufnehmen müssen. — Streitigkeiten um die beste Organisationsform der Gewerkschaften hat es schon so lange gegeben, wie eine Arbeiterbewegung existiert. Der beste Weg, denselben die Schärfe zu nehmen, ist die Verschmelzung zu einer Einheitsorganisation seitens der Eisenbahner, wie es in Süddeutschland geschehen ist, und dann haben die wilden U. S. P. D.-Männer sofort ausgespielt.)

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten am Montag, den 5. Juli 1920, nachm. 5 Uhr.

Oeffentliche Sitzung: 1. Instandsetzung von Dampfleitungen auf dem Gertraudenfriedhof; 2. Instandsetzung der schwarzen Brücke; 3. Zuschuß für die Arbeiter-Samariter-Kolonne; 4. Zuschuß für Licht- und Luftbäder; 5. Erhöhung der Strompreise des Elektrizitätswerkes; 6. Antrag auf Ausgabe von Wochenkarten für Straßenbahnbenutzung; 7. Antrag betr. Entleerung der Abfuhrwagen; 8. Antrag betr. Versorgung mit Reichsware; 9. Antrag auf normale Beschulung im kommenden Winter.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
Hennig.

Der Einfluß des Krieges auf die Heimarbeit in Halle.

Heimarbeit ist Lohnarbeit in eigenem Heim, sie geschieht auf Rechnung eines fremden Arbeitgebers, aber nicht in den Arbeitsräumen des Arbeitgebers, sondern in der Wohnung des Arbeiters. Die Heimarbeitsräume decken sich also mit den Wohnräumen der Heimarbeiter. Die in diesen Wohnräumen (im Heim) des Arbeiters tätigen Personen konnten bisher keiner Art von Beaufsichtigung unterzogen werden, weil die Heimarbeit weder durch die Gewerbeordnung, noch — wenigstens in der Hauptsache — durch Sondergesetze erfaßt wurde. Der Heimarbeiter war vogelfrei. Durch das Heimarbeitsgesetz von 1911 (Hausarbeitergesetz vom 20. Dez. 1911) wurden die bisher geltenden wenigen Sonderbestimmungen über die Heimarbeit in der Zigarrenindustrie und der Textilindustrie ausgebaut und eine der Fabrikinspektion entsprechende Heimarbeits-Beaufsichtigung geschaffen. Sie dient dem Schutze der Heimarbeiter durch die Verpflichtung der Arbeitgeber, Lohnbücher auszugeben, die Lohnsätze bekannt zu machen usw., und dem Schutze der Konsumenten durch die hygienischen Kontrollen der Heimarbeitsstätten.

Zahl der Betriebe mit Heimarbeitern: 1914: 54, 1915: 58, 1916: 39, 1917: 43, 1918: 32, 1919: 33.

Danach ist die Zahl der Betriebe in Halle, welche Heimarbeiter beschäftigen, nicht besonders groß. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß es etwa 9000 gewerbliche Betriebe in Halle gibt (die Zahl hat durch den Krieg und seine Nachwirkungen übrigens nur unerheblich abgenommen), so sieht man, daß nur 0,7 Prozent aller gewerblichen Betriebe Heimarbeit als Lohnarbeit ausgibt. Das ist ein gutes Zeichen für die Unternehmungen; die geringe Beschäftigung von Lohnarbeitern außer dem Hause zeigt, daß die Arbeitgeber ihr Werkstättenrisiko nur in bescheidenem Ausmaße auf die Heimarbeiter abwälzen. Denn der Zweck der Heimarbeitsausgabe für den Arbeitgeber ist hauptsächlich der, keine größeren eigenen Arbeitsräume und keine neuen Maschinen und Werkzeuge beschaffen zu müssen, solange nicht die dauernde Inbetriebhaltung einer größeren Anlage gesichert ist.

Die Gesamtzahl der Heimarbeiter ist von 1646 im April 1914 auf 323 im April 1919 zurückgegangen, nachdem im April 1918 der eigentliche Tiefstand (mit 302 Heimarbeitern) erreicht war.

Anzahl der beschäftigten Heimarbeiter: 1914: 1646, 1915: 586, 1916: 432, 1917: 411, 1918: 302, 1919: 323.

Im Frieden galt es als selbstverständlich, daß die Heimarbeit eine ausgesprochene Frauenarbeit sei; in der Tat waren in fast allen Gewerben die Heimarbeiter überwiegend Frauen. Die daheim nicht voll beschäftigte Frau, die Frau, die neben dem Einkommen des Mannes noch einen Nebenverdienst sucht, sie waren die eigentlichen Heimarbeiterinnen. Nur in der Herrenmaßarbeit war der Anteil der männlichen Heimarbeiter stets groß.

Die Statistik zeigt aber, daß die weibliche Heimarbeit einen immer geringeren Prozentsatz einnimmt, seitdem der Krieg zur Einschränkung der Heimarbeit im Ganzen geführt hat. Im Jahre 1914 waren von 100 Heimarbeitern in Halle 80,5 Frauen, im Jahre 1918 65,9 und im Jahre 1919 nur noch 48,6.

Leider wird der Familienstand der Heimarbeiter erst seit 1917 beobachtet; aber die drei vorliegenden Jahre lassen keinen Zweifel daran, daß die verheiratete Heimarbeiterin am stärksten aus der Reihe der Heimarbeiter bei der fallenden Tendenz im Erwerbsleben ausgeschieden ist. Im letzten Beobachtungsjahre, 1919, mag wohl die Rückkehr des Mannes aus dem Kriege bei mancher Heimarbeiterin Arbeitsniederlegung bewirkt haben, aber der stärkste Rückgang verheirateter Heimarbeiterinnen liegt noch im Kriege und fällt etwa mit dem tiefsten Stande unseres Erwerbslebens damals zusammen.

Der Krieg hat also die Heimarbeiterin außerordentlich stark beschnitten und er hat die weibliche Heimarbeiterin, vor allem die verheiratete, am stärksten von der Heimarbeit entlastet.

Zur Abstimmung in Ost- und Westpreußen.

Nachstehende Zuschrift mußte gestern aus technischen Gründen zurückgestellt werden:

Vom Verein der Ost- und Westpreußen wird uns geschrieben: In letzter Stunde richten wir nochmals an die hallischen Mitbürger die Bitte, den abstimmungsberechtigten Ost- und Westpreußen ihre Teilnahme durch Abordnungen zu zeigen. Die Fahrt stellt an alle, die sie unternehmen, große Anforderungen und wollen wir Zurückbleibenden, beitragen, die in die Heimat reisenden durch Anteilnahme unser Mitfühlen zu erweisen. Also auf am 4., 5. und 6. Juli, um 6.30 Uhr vormittags, zum Bahnhof! Vereine, Korporationen, bitten wir nochmals, sich durch Abordnungen vertreten zu lassen. Besonders wirkungsvoll würde es sich gestalten, wenn die Gesangvereine durch Darbietung einiger Lieder die Stimmung heben würden. Die Fahrt durch die deutschen Gaue muß zu einer Festfahrt werden.

Der Verein der Ost- und Westpreußen hat es sich angelegen sein lassen, die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Wir richten nun an alle Landsleute sowie auch an alle Mitbürger von Halle und Umgebung, die herzliche Bitte, helfen Sie uns, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, dann wird der Sieg uns sicher sein. Alle dem Verein noch fernstehenden hier ansässigen Landsleute, auch die längere Zeit in unserem Vaterlande gewohnt und es lieb gewonnen haben, fordern wir zum Beitritt auf und erbitten ihre tatkräftige Unterstützung.

Unsere Bitte um Stiftung von Liebesgaben, Blumen, Guirlanden, Fahnen usw. und Abgaben, am 3. d. M., von 2 Uhr ab auf dem Bahnhof, wiederholen wir. Allen gütigen Spendern ist der Dank unserer bedrängten Heimat gewiß.

Dißmann und die Betriebsräte.

Allerlei aus einer Metallarbeiter-Verbands-Versammlung.

Wegen der Differenzen in der Betriebsrätefrage war für gestern abend der Vorsitzende des Metallarbeiter-Verbandes nach Halle gerufen worden. Die Halleschen Metallarbeiter hatten bisher hinter ihrem Richard Müller gestanden und dessen Jünger. Banse ließ erst gestern noch im „Volksblatt" einen Hilferuf für die gefährdeten revolutionären Räte los. Dißmann, der Vorsitzende, überzeugte natürlich die Anwesenden in einer zweistündigen Rede mit viel Temperament und weniger „Geist", daß diese Einrichtung der revolutionären Räte durch Müllers Austritt aus der Redaktion ganz und gar nicht in Gefahr ist. Als Begründung mußte natürlich zunächst noch die verfehlte Kriegspolitik der Gewerkschafts- und Parteibonzen herhalten. Den Ausdruck gebrauchte er ja nicht, aber die Einschätzung der ehemaligen Führer stand auf dieser Stufe. Schon 1914 hätte er, Dißmann, Scheidemann gegenüber erklärt, daß er den Braten gerochen habe, daß seine revolutionären Klassenkämpfer nach dem Kriege die Mehrheit bekommen würden, aber keiner habe das vorher einsehen wollen. Jetzt riecht Dißmann jedenfalls schon einen anderen Braten und löst sich von Müller, mit dem er noch zusammen die Stuttgarter Resolution verbrochen hat, so langsam los. Er verhandelt nicht nur mit den Arbeitgebern, natürlich sind das bei ihm Kampfverhandlungen, sondern, man denke, auch mit dem Ausschuß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes. Mit diesem Letzteren über die gemeinsame Einführung des revolutionären Rätesystems nach seiner, nicht nach Rich. Müllers Art. Der arme Legien wird natürlich aber vorher erst springen müssen. Unter dem tut er es nicht.

Wenn sich Dißmann so weiter entwickelt, in seiner Handlungsweise wenigstens, die er noch mit viel Kanonenschlägen verbrämt, dann werden die Mitglieder bald eine Annonce in die Metallarbeiter-Zeitung setzen können, an ihren alten Vorsitzenden Schlicke gerichtet, ungefähr des Inhalts: „Lieber Alex, kehre zurück, es ist dir alles verziehen, der Dißmann ist auch nicht treuer!"

Dißmanns Schilderung der Widersprüche in der kapitalistischen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200702-13/fragment/page=0005
DFG

produktionsweise konnte jeder unterschreiben, aber er zeigt nicht dadurch einen Ausweg, daß er wie mit einer langen Bohnenstange im revolutionären Nebel herumrührt. Er zeigt auch damit keinen Ausweg, wenn er die Erringung der politischen Macht als das allein notwendigste Ziel hinstellt. Wenn man alle geistigen und körperlichen Kräfte dann nur dazu braucht, um sich an der politischen Macht zu erhalten, dann bleibt nichts davon übrig, die widerspruchsvolle und labyrinthische kapitalistische Produktionsweise höher zu organisieren, bewußt höher zu entwickeln in der Richtung zum Sozialismus hier, sondern dann erschöpfen wir uns im Kampf und sinken noch unter die früher errungene Kultur. Denn auch er erklärte den Vorgang, daß die erstrebte sozialistische Wirtschaftsordnung am 9. November 1918 sich nicht klar und siegreich aus der Umwälzung erhob, daraus, daß die Kräfte dazu fehlten. Wenn diese Kräfte körperlicher und geistiger Art auch in Zukunft von einseitigen Aufgaben absorbiert werden, dann wird das Ziel natürlich auch nicht erreicht.

Eins ist aber zum Schluß noch festzustellen. Er roch nämlich noch einen anderen Braten, als er erklärte: **„Jeder Gewerkschaftsführer, jeder U.S.P.-Angestellte, jeder Betriebsrat, und wenn er auf das revolutionärste Programm hin gewählt wird, wenn er seine Pflicht gewissenhaft erfüllt, wird bald in den Ruf kommen, ein Bürokrat, ein Bonze zu sein.“ Wir fragen: warum hängt man den alten Gewerkschaftsführern, warum hängt man unseren S.P.D.-Genossen in leitender Stellung diesen Namen an? Will man ihnen damit bestätigen, daß sie nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet haben? Vielleicht antwortet Kollege Dißmann darauf.**

Aufgaben für Betriebsräte.

In unserm Halberstädter Parteiorgan lesen wir: Es ist eine alte Klage, daß der Arbeiter allen Verordnungen, die zum Schutze seiner Gesundheit erlassen wurden, innerlich fremd und teilnahmslos gegenübersteht. Für die große Masse des Volkes sind die Bestimmungen der Gewerbehygiene, des Unfallschutzes usw. Verordnungen, über deren Wert und Zweckmäßigkeit der Einzelne sich keine Gedanken macht, die ihm nichts zu sagen haben und die er deshalb auch nicht mit der Sorgfältigkeit beachtet, wie es in seinem ureigensten Interesse nötig wäre. Der Selbstschutz der Arbeiter ist daher recht mangelhaft, muß es aber sein, da das Verständnis der Masse in keiner Weise für diese Fragen geweckt war. Von diesem Gesichtspunkt ist von hervorragender Bedeutung das Betriebsrätegesetz, da es neue Wege in der Interessierung des Volkes für gesundheitliche Fragen und für die hygienische Durchbildung des Volkes geht, eine Aufgabe, die bei dem Kampf für und gegen das Gesetz fast vollkommen übersehen und in ihrem Wert nicht gewürdigt wurde. Das Betriebsrätegesetz weist dem Betriebsrat u. a. die Aufgabe zu, „an der Einführung neuer Arbeitsmethoden fördernd mitzuarbeiten“, „auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten“, die Gewerbeaufsicht zu unterstützen, „auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften zu wirken“ und an der Verwaltung der Wohlfahrtseinrichtungen mitzuwirken. Mit diesem Aufgabenkreis der Betriebsräte waren alle Parteien einverstanden. Seine grundlegende Bedeutung besteht darin, daß der Arbeitnehmer von Gesetzeswegen mitherangezogen wird zur Mitarbeit am Schutze seiner Gesundheit sowie der seiner Familie und seiner Arbeitskollegen. Aus dem Objekt der gesundheitlichen Fürsorge wird er Subjekt, der die Verantwortung mitträgt. Das muß ihn veranlassen, zunächst selbst sich mit den Fragen des Arbeiterschutzes und der Gewerbehygiene zu befassen. In einer Schleiferei wird der Betriebsrat die gesundheitlichen Schäden des Staubes und dessen Bekämpfung, in einer Gießerei und Schmelzerei die Gefahren der giftigen Dämpfe und die Schäden der Hitzewirkungen kennen lernen müssen. Er wird aber nicht dabei stehen bleiben dürfen zu kontrollieren, ob den gesetzlichen Vorschriften Genüge getan ist, er wird sich sagen müssen, wie kann der gesundheitliche Schutz weiter ausgedehnt und verbessert werden, vor allem was müssen seine Arbeitskollegen im Interesse ihrer Gesundheit selbst tun. Bei dem engen Zusammenhang, der zwischen der Gewerbehygiene und den übrigen Gebieten der sozialen Hygiene besteht, wird er von selbst dadurch hingelenkt sein Interessengebiet zu erweitern. Er wird den Einfluß kennen lernen, den die Wohn- und Ernährungsverhältnisse auf die Gesundheit des Volkes ausüben, er wird nicht achtlos an den Gefahren des Alkohols und der Geschlechtskrankheiten vorbeigehen können, vor allem aber wird er verstehen lernen, wie die Hygiene des täglichen Lebens die Grundlage aller Gesundheit darstellt. Das wird aber dazu führen, daß er selbst sich dafür einsetzt, daß die Gebote der persönlichen Gesundheitspflege, wo es lernt gesund zu leben und gestählt wird zum Kampf gegen alle seine Gesundheit bedrohenden Gefahren.

Berufsvorbereitung erwerbsloser Frauen zu Hausangestellten. Der Reichsarbeitsminister weist in einem Rundschreiben vom 22. Juni 1920 die Regierungen der Länder darauf hin, daß die Anlernung weiblicher Erwerbsloser für hauswirtschaftliche Arbeiten noch dringend weiterer Förderung bedürfe. Die Kosten für die Berufsvorbereitung können, soweit es nötig ist, aus Mitteln der Erwebslosenfürsorge bestritten werden.

Die gekündigten Fernsprechanschlüsse. Auf Anraten der Postverwaltung sind jetzt die Fernsprechkündigungen zurückgezogen, um am 3. Juli erneut für den 1. Oktober eingereicht zu werden. Man hofft dadurch Zeit zu gewinnen.

In den Tod gegangen. Ein hier wohnhafter Kaufmann erhängte sich in dem Lagerraum seines Geschäfts. Der Grund soll in einem unheilbaren Nervenleiden zu suchen sein.

Die Gefahr der Straße für Kinder. In der Geiststraße wurde ein 4jähriger Knabe beim Ueberlaufen der Straße von einem Straßenbahnwagen umgefahren und kam unter die Schutzvorrichtung zu liegen. Er hat außer einigen Hautabschürfungen keinen Schaden erlitten.

Ein Strafgefangener erschossen. Gestern abend wurde im Polizeigefängnis ein Strafgefangener, der einen Gefangenenaufseher tätlich angriff, von dem Beamten in der Notwehr erschossen.

Bewußtlos wurde in vorvergangener Nacht in der Reilstraße eine unbekannte etwa 20jährige Frauensperson aufgefunden, die mit dem Krankenwagen der Klinik zugeführt wurde.

Der Naturwissenschaftliche Verein für Sachsen und Thüringen hält am 3. Juli seine Sommer-Hauptversammlung ab. 3 Uhr nachm. Führung durch das Provinzial-Institut für praktische Psychologie (gegenüber dem Weinberg). 8¼ Uhr abends Vortrag des Privatdoz. Dr. Grote im Zoologischen Institut über „Konstitution und Krankheitsentstehungen“. Gäste willkommen.

Provinz und Umgegend.

Unterbezirk Sangerhausen-Eckartsberga.

Sonntag, den 4. Juli, vormittags 11 Uhr findet in Sangerhausen eine

Konferenz

statt. Jeder Ortsverein der beiden Landkreise Sangerhausen—Eckartsberga muß es sich zur Pflicht machen, einen Delegierten zu dieser Konferenz zu entsenden.

Tagesordnung:

1. Was lehren uns die Reichstagswahlen?
2. Organisation, Agitation und Presse.
3. Geschäftliches.

J. A.: Troll, Vorsitzender.

Betriebseröffnung der Merseburger Ueberlandbahn nach Führendorf (Dürrenberg).

Die Strecke nach Fährendorf ist soweit fertiggestellt, daß die Betriebseröffnung am Sonntag, den 4. Juli 1920 stattfindet. Die landespolizeiliche Abnahme wird am 3. Juli stattfinden.

Der Fahrplan und die Fahrpreise sind an den Haupt-Haltestellen und in den Wagen veröffentlicht. Die Züge verkehren, wie bisher, im Anschluß an die Halle-Merseburger, bezw. Merseburg-Müchelner Bahn.

Merseburg. Die Anstellung eines Magistratsassessors und zwar einstweilen auf Privatdienstvertrag wurde von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Merseburg. 50 Jahre Winterschule. Am Dienstag beging die Landwirtschaftliche Winterschule Merseburg ihr 50jähriges Jubiläum mit einer sehr gut besuchten Feier, zu der an 1200 Meldungen von Festgästen vorlagen. An der Festsitzung in der neuen städtischen Turnhalle nahmen u. a. teil und hielten Ansprachen, der Regierungspräsident als Vertreter des Landwirtschaftsministeriums und andere Vertreter der Behörden. Dem Kuratorium der Winterschule wurde vom Landwirtschaftlichen Kreisverein 1000 Mk. und vom Bauernverein Merseburg 1000 Mark zu Lehrzwecken für die Jubiläumsspende übermittelt. — Ein riesiges Fischsterben in der Saale wurde an einem der letzten Tage beobachtet. Die Fischleichen trieben zu vielen Tausenden von morgens 6 bis gegen abend 6 Uhr hier vorbei. Die ungeheure Schädigung des Fischbestandes der Saale dürfte durch Abwässer der chemischen Industrie herbeigeführt worden sein.

Raßnitz b. Merseburg. Neuer Braunkohlenschacht. Die Anlage eines neuen Braunkohlenschachtes planen die Riebeckschen Montanwerke in Halle in der Flur Raßnitz. Die vorbereitenden Arbeiten sind bereits im Gange.

Querfurt. Konkursverfahren. Ueber das Vermögen der Sächsisch-Thüringischen Kalksteinwerke G. m. b. H. in Querfurt ist am 24. Juni das Konkursverfahren eröffnet worden.

Bad Lauchstedt. Hotelschwindler. Ein angebliches Paar von Bruder und Schwester wohnte eine Anzahl von Wochen in einem hiesigen Hotel, ließ sichs gut sein und verschwand dann ausgangs der letzten Woche. Der betrogene Gastwirt setzte dem Paar im nächsten Zug nach und stellte es auch in Halle, wo er es festnehmen ließ, auf sein Geld aber wird er lange warten müssen.

Naumburg a. S. Die Hemenbrücke bei Naumburg muß jetzt verstärkt werden, wohl weil hauptsächlich infolge des Verkehrs mit Lastautos, für die sie in der letzten Zeit gesperrt werden mußte, sich die Schrauben der Eisenkonstruktion gelockert hatten. Zur Verstärkung der Brücke sind 360 Zentner Eisen erforderlich. Die Arbeiten werden ausgeführt durch die Firma Pfeffer-Erfurt und sind eben begonnen worden.

Golpa-Zschornewitz. Ende des Streiks. Die am Mittwoch abend zwischen der Direktion des Bitterfelder Fern-Kraftwerkes und den Arbeitervertretern geführten Verhandlungen, haben zu einer Einigung geführt. Die Nachtschicht konnte wieder aufgenommen und Berlin mit Strom beliefert werden. Damit ist nun auch die Gefahr, daß die Arbeiter der städtischen Werke in Berlin in einen Sympathiestreik eintreten, vermieden worden.

Golpa-Zschornewitz. Unterschlagung auf der Grube Golpa. Wir geben folgende Nachricht aus der bürgerlichen Presse mit allem Vorbehalt wieder: Wie uns aus Halle gedrahtet wird, wurde der Vorsitzende des Betriebsrates der Grube Golpa, der die Gelder, die von den Arbeitern zur Unterstützung der Opfer des Kapp-Putsches gesammelt worden waren, unterschlagen hat, verhaftet. Der gesamte Betriebsrat ist von seinem Posten zurückgetreten.

Wittenberg. Stadtverordnetenversammlung. Wichtige Punkte und zahlreiche Beteiligung wies unsere letzte Stadtverordnetensitzung auf. In rund zwei Stunden war die 22 Punkte umfassende Tagesordnung erledigt, obgleich manche Vorlagen, namentlich die Neuregelung der Gehälter der Beamten der Stadt eine längere Diskussion erforderte. Die linksstehenden Parteien waren mit der Vorlage nicht zufrieden. Die Verkaufspreise für elektrische Energie, die bisher für Licht 2,30 Mk. und für Kraft 1,60 Mk. die Kilowattstunde betrugen, sollen künftig nach den jeweiligen Verhältnissen geregelt werden? Die Bauprämie wird auf Antrag des Wohnungsausschusses auf 50 Prozent erhöht. Die beiden Stadttierärzte Uhde und Stange erhalten als Garantiesumme jährlich 14 000 und 13 000 Mk. bewilligt. Die Ausgleichszahlung für den scheidenden Bürgermeister Dr. Thelemann in Höhe von 5000 Mk. wird abgelehnt. Der Rückwandererhilfe werden 500 Mk. bewilligt. Das Hauptinteresse erstreckte sich auf die Festsetzung der Gehälter der städtischen Beamten nach der Preuß. Besoldungsreform. Der Stv. Lehrer Lutzmann (Bürgerl.) befürwortet die Vorlage und erklärt gleichzeitig, daß mit der Vorlage eine neue Amtsbezeichnung der Beamten verbunden ist. Eine halbe Million Mehrbelastung für die Stadtverwaltung. Wenn auch den Beamten die erhöhten Gehaltssätze zu gönnen sind, so hat doch die Einklassifizierung in der Bürgerschaft berechtigten Unwillen hervorgerufen. Ein Magistratsobersekretär im Alter von 25 bis 30 Jahren rangiert in Besoldungsklasse VIII, während ein alter ergrauter Postschaffner mit 30 und mehr Dienstjahren in der Besoldungsklasse II steht. Er ist gleichgestellt mit den Scheuer- und Kehrfrauen bei den einzelnen Verwaltungen. Mit 17 Stimmen gegen die Linke wird die Vorlage angenommen. Eine Anzahl Privatangestellte der Stadt erhalten Beamteneigenschaft und kommen gleich in Klasse VI. Als Schluß dieser beachtenswerten Sitzung verabschiedet sich der Erste Bürgermeister Dr. Thelemann, welcher zum Finanzamt übertritt. Die gesamte Linke hat sich von der Huldigung ferngehalten. — Ja, so sieht es in einem Parlament aus, wo die breite Masse noch zu wenig Einfluß hat, hoffen wir, daß es bei der nächsten Stadtverordnetenwahl anders kommt.

Wittenberg. Selbsthilfe der breiten Masse. Auf dem Wochenmarkte, der stark mit allerlei landwirtschaftlichen Produkten beschickt war, griff am Mittwoch, den 30. Juni, die Arbeiterschaft selbst ein und setzte die Preise fest, es wurden für Kirschen und Erdbeeren bis 4.50 Mk. gefordert. Die eingesetzte Kommission setzte alles herunter, so daß es endlich mal Kirschen zu 1,50 Mk. das Pfund gab. Der Verkehr wickelte sich ruhig ab, wenn auch einzelne Krautbauern sich anfangs weigerten. Die üblichen Reibereien entstanden, aber zu Tätlichkeiten kam es nicht. Um 10 Uhr war der Markt wie ausgefegt.

Wittenberg. Krieg in Frieden? Bei der Künstlerschau auf dem Schweinemarkte kam es am Dienstag abend zu Tätlichkeiten. Eine größere Gruppe Reichswehrsoldaten (früher Standort Halle) nahm eine provozierende Haltung an, nachdem ein Zivilist und Soldat in Meinungsverschiedenheiten geraten waren. Ein Arbeiter, der den Streit schlichten wollte, wurde von einem Soldaten mit dem Seitengewehr am Oberarm verletzt. Der Polizei gelang es Ruhe zu schaffen, doch mußte erst die Arena ihre Vorstellung einstellen. Ein gerichtliches Nachspiel wird die Folge sein.

Gewerkschaftliches.

Hat Giesberts das Vertrauen seiner Beamten?

Durch einen Teil der Tagespresse gehen seit einigen Tagen Notizen, die besagen, daß die Postbeamten die Entfernung ihres Ministers und seine Ersetzung durch einen „Fachminister“ fordern. Nun reizen die Postbeamten die Erfahrungen, die sie gerade mit Fachministern gemacht haben, keineswegs. Erst Giesberts ist es gelungen, das Vertrauen der Organisationen der Postbeamten zu erlangen. Und das ist kein Zufall. Selbst alter Gewerkschaftler, ist er viel zu tief von dem Werte der Gewerkschaften durchdrungen, daß er nicht auch den Segen gut organisierter Beamtengewerkschaften, selbst wenn er jetzt sozusagen als Arbeitgeber mit ihnen verhandeln muß, erkennen sollte. Wenn man aber den Quellen nachforscht, aus denen die Gerüchte stammen, sieht man sofort auch, was damit bezweckt werden soll. Es sind fast nur rechtsstehende Blätter, denen natürlich parlamentarische Minister ein Greuel sind, der so bald als möglich aus der Welt geschaffen werden muß. Auch ein Teil derjenigen kleinen Verbändchen, die bei Giesberts nicht auf ihre Rechnung kommen, weil sie nicht als Gewerkschaften anerkannt werden, glaubt seinen Zwecken zu dienen, wenn er in das Geschrei einstimmt.

Demgegenüber erkläre ich als Gewerkschaftsführer: Giesberts hat immer noch unser volles Vertrauen. Wenn für die Postbeamten die Gehalts„reform“, was gern zugegeben werden darf, z. T. ein Schlag ins Gesicht ist, so ist daran nicht der Minister schuld, sondern andere Faktoren, darunter auch die Volksvertretung.

Aber eins muß auch hier einmal offen ausgesprochen werden: Ein sehr großes Teil Schuld tragen die Beamten selber. Solange sie nicht gewerkschaftlich denken, fühlen und handeln lernen, wird es nicht viel besser werden und solange sie glauben, sich in möglichst viele kleine Grüppchen und Verbändchen zerteilen zu müssen, werden sie auf keinen Fall ernst genommen werden. Wer jetzt noch nicht erkannt hat, daß nur Einigkeit und Geschlossenheit zum Ziele führt, dem ist nicht zu helfen und viele Beamte werden erst erkennen, daß sie falschen Propheten nachgelaufen sind, wenn ihnen die Felle fortschwimmen.

Darum, Beamte, wacht auf, hinein in eure Gewerkschaften, sagt den Leuten, die Euch nur auf Irrwege führen, die Gefolgschaft auf und steht dann aber auch fest hinter Euern Führern.

Aber auch rege politische Betätigung der einzelnen Beamten ist nötiger denn je. Wenn Ihr Einfluß auf Euer Geschick haben wollt, müßt Ihr Euch in den Parteien betätigen und Parteiarbeit leisten. Und unterscheidet auch hier die falschen von den richtigen Propheten. Deshalb auf: Hinein in unsere Partei; nur sie allein vertritt restlos früher wie jetzt unsere Interessen. D.

Vermischtes.

Wie das Volk Filmsterne „ehrt“.

Das „B. T.“ läßt sich berichten: In London wurden der beliebten Filmkünstlerin Mary Pickford bei ihrem Eintreffen zu einer Vorstellung, die sie durch ihre Anwesenheit verherrlichen sollte, von der begeisterten Menge so stürmische Ovationen bereitet, daß sie in Lebensgefahr kam. Das Automobil, in dem Frau Pickford mit ihrem Gatten Douglas Fairbanks saß, mußte halten und war im Nu von Bewunderern erstürmt. Junge Mädchen versuchten, das Ideal ihrer Kinoträume zu umarmen, kräftige Männer schickten sich an, die Heldin unzähliger Leinwand-Dramen auf die Schultern zu heben, um sie im Triumphzug über die Straße zu tragen. Vergebens wehrte sich die Gefeierte gegen dies Uebermaß von Liebe. Nur den kräftigen Boxerstößen des beglückten Gatten gelang es schließlich, eine Bresche durch den Wall der Enthusiasten zu brechen, und sein vor Angst und — natürlich! — vor stolzer Freude halb ohnmächtiges Weib aus der Schar der Verehrer zu retten. Als Erinnerung an die erhabene Szene trug Herr Fairbanks einen gebrochenen Finger davon, während Mary Pickford einen zerrissenen Spitzenmantel und einige andere kostbare Kleinigkeiten auf dem Schauplatz zurücklassen mußte.

Der „Figaro“, der sich dies Abenteuer aus London telegraphieren läßt, fügt mit ironischer Bitterkeit hinzu, daß die Helden des Krieges zu ihrem Glück ähnliche Begeisterungskämpfe bei der Heimkehr nicht zu bestehen brauchten. Die Ironie ist nicht unberechtigt, aber die kraftvolle Art, in der das Volk seine Lieblinge ehrt, scheint uns ganz im Stil der durch fünf Jahre Krieg erzogenen modernen Gesittung zu sein. Früher spannten Enthusiasten den Sängerinnen die Pferde aus, heute schlagen sie den Königinnen des Films die Knochen entzwei. Jede Zeit hat die Begeisterung, die sie verdient.

Neueste Nachrichten und Telegramme

Der Empfang des französischen Botschafters Laurent beim Reichspräsidenten.

Berlin, 1. Juli. Der Reichspräsident hat heute den neuernannten außerordentlichen und bevollmächtigten französischen Botschafter Laurent zur Entgegenahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Bei der Uebergabe desselben hielt der Botschafter eine Rede, in der er ausführte, daß durch die Ueberreichung des Schreibens die amtlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern in vollem Umfange wieder aufgenommen werden. Bei dem Empfang war der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons zugegen. Am Schluß der Audienz unterhielt sich der Reichspräsident noch einige Zeit mit dem Botschafter und mit den Mitgliedern der französischen Mission.

Kein Frauenstimmrecht.

Brüssel, 1. Juli. Die Kammer hat bei der Debatte über die Verfassungsrevision den Antrag eines katholischen Abgeordneten auf Einführung des Frauenstimmrechts mit 89 gegen 75 Stimmen abgelehnt.

Der Boykott Ungarns.

Wien, 1. Juli. Nach einer amtlichen Mitteilung sah sich die österreichische Regierung mit Rücksicht auf die über die Durchführung des Boykottsbeschlusses gegen Ungarn unter dem Eisenbahnpersonal Oesterreichs entstandenen Meinungsverschiedenheiten, die zu einer Gefährdung des Betriebes führten, heute abend gezwungen, den Eisenbahnverkehr nach Ungarn einzustellen.

Quittung.

Für den Pressefond wurden folgende Beträge eingezahlt: R. H., Halle, 12 Mark, R., Eilenburg, 10 M., H., Halle, 2 Mark E., Halle, 6 Mark. Weitere Beträge nimmt entgegen

Verlag der Volksstimme G. m. b. H.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Täumel; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle. Gr. Ulrichstr. 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200702-13/fragment/page=0006